

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementpreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragene in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.
Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Herr Constans.

Der Minister des Innern zu Paris scheint aus seinen Erfolgen gegen den Boulangismus die Lehre geschöpft zu haben, daß man mit den polizeilichen Machtmitteln Alles erreichen könne. Wenn er dies wirklich glaubt, so ist die Republik darum zu bedauern, daß ihre inneren Angelegenheiten von einem Manne verwaltet werden, der zwar energisch, aber um so beschränkter ist. Herr Constans hat sich schon einen gewissen Lächerlichkeitsnimbus zugezogen, als er am ersten Mai zu Paris Anstalten treffen ließ, als gelte es einen Straßenkampf um die Existenz der Republik. Nachdem der erste Mai zu Paris fast ebenso ruhig verlaufen war, wie anderwärts, kam Herr Constans mit seiner „Idee“, fünftausend Ausländer ausweisen zu lassen, obgleich ein äußerer Anlaß dazu gar nicht vorlag. Und jetzt, nachdem dieser absurde und brutale Gedanke in dem zivilisierten Europa überall mit Energie abgewiesen oder doch mit tausend Bedenken aufgenommen worden ist, so weiß Herr Constans nichts Besseres zu thun, als einen europäischen Polizeifeldzug gegen die Anarchisten vorzuschlagen, an dessen Spitze er sich stellen will.

Wir haben immer, sowohl die Prinzipien und Theorien, als auch die Taktik der Anarchisten verworfen und haben uns oft genug scharf gegen die sogenannte Propaganda der That gewendet. Aber wie sind wir normaler Gespensterfieber gewesen und so wenig es fünftausend „fremde“ Anarchisten in Paris giebt, so wenig ist Europa derartig mit Anarchisten bevölkert, daß man Grund hat, einen solchen Polizeifeldzug zu unternehmen, selbst wenn man die „staatsmännischen“ Gesichtspunkte des Herrn Constans theilen wollte.

Zur Verfolgung von allenfallsigen Verbrechen sind die Gesetze in allen Staaten weit mehr als ausreichend; die Strafbedrohung aller Länder thun darin des Guten zu viel. Was will man aber thun? Die Anarchisten würden sich bei einer allgemeinen Verfolgung so gut wie andere auf ihre staatsbürgerlichen Rechte stützen; um ihnen beizukommen, müßte man diese Gesetze durchbrechen und so würde der schöne Gedanke der Ausnahme-gesetzgebung, der in den einzelnen Staaten völlig Bankrott gemacht, durch Herrn Constans zur internationalen Idee erhoben, ein Gedanke, der einen drastischen Gegenjah bildet in dem Gedanken der internationalen Arbeiterschutz-Gesetzgebung.

Bis jetzt hatte sich immer nur Rußland die schöne Aufgabe gestellt, mißliebige politische Leute in andere Länder und womöglich in allen zugleich verfolgen zu lassen. Sein Minister des Innern war nun

zugleich der oberste Vättel Europas und hatte und hat seine besoldeten Spione und Agenten überall. Diese schöne Rolle will Herr Constans nun dem heiligen Rußland abnehmen oder wenigstens mit ihm theilen. Es ist klar: seine Erfolge gegen den Boulangismus haben ihm den Kopf verdreht; er will Europa umkrempeln. Das wäre eine neue Seite der „russisch-französischen Allianz“ und vielleicht die traurigste.

Man denke nur an die Folgen einer solchen Maßregel. Zunächst würden sich in vielen Ländern die Behörden auf eine Menge von Leuten stürzen, die zwar keine „Anarchisten“, aber sehr mißliebige sind. Was kann man mit dem Begriff „Anarchist“ nicht Alles anfangen! Man bedenke nur, daß im Jahr 1848 und in der Reaktionszeit eine Menge von demokratischen und konstitutionellen Politikern in den Listen der damaligen politischen Polizei als „Anarchisten“ aufgeführt worden sind. Sozialismus und Anarchismus sind sich ausschließende Gegensätze, weil der Sozialismus die stärkste Zentralisation, der Anarchismus die äußerste Dezentralisation enthält. Auch die mit geistlichen Mitteln arbeitende sozialistische Propaganda hat mit dem Anarchismus nichts zu schaffen. Dennoch würden die Sozialisten unter der Anarchistenverfolgung leiden. Wir haben es ja in Oesterreich gesehen. Was soll denn ein verknöchertes und verfaulertes Bureaokrat sich noch Mühe geben, den Unterschied zwischen Sozialismus und Anarchismus zu studieren? In Oesterreich sind thatsächlich zahlreiche Sozialisten auf Grund des Anarchistengesetzes verurtheilt, zahlreiche Druckschriften auf Grund des Anarchistengesetzes verboten worden, die mit dem Anarchismus gar nichts zu thun hatten.

Dazu käme, daß solch eine Verfolgung in ganz Europa den Anarchismus auch über ganz Europa verbreiten würde.

Wir verspüren in Deutschland vom Anarchismus sehr wenig, allein eine mit dem gewöhnlichen Lärm in Szene gesetzte Hehjjagd würde ohne Zweifel den anarchistischen Theorien Anhänger zuführen, wo sie jetzt noch keine besitzen. Es ist auch ganz natürlich, daß man den Dingen, mit denen sich die löbliche Polizei so eifrig beschäftigt, Aufmerksamkeit schenkt. Wie es dann geht, weiß Jedermann, der solchen Aktionen schon zugehört hat; die Polizei erreicht immer das Gegentheil von dem, was sie bei solchen Gelegenheiten bezweckt.

In den Ländern, wo in der Arbeiterwelt der Sozialismus vorherrscht, wird der Anarchismus immer ohne allen Belang bleiben, denn die Arbeiter finden im Sozialismus, was sie suchen. Wenn man ihnen aber die Theilnahme an der sozialistischen Bewegung verwehren will, dann ist es erklärlich, daß jene Leute Anklang finden,

welche die Arbeiter gerne in geheimen Konventikeln für die „Propaganda der That“ gewinnen möchten.

Man muß sich nur wundern, daß sich ein französischer Minister mit einer solchen „Idee“ heran wagen kann. Denn die französische Geschichte ist doch gerade in dieser Beziehung lehrreich genug und Herr Constans könnte doch Nutzen ziehen aus den Erfahrungen, welche die verschiedenen französischen Regierungen mit ähnlichen Aktionen gemacht haben.

Ein solcher Polizeiminister steht der Republik übel an. Man kann sich nur wundern, daß nicht schon eine dritte Abtheilung „nach berühmten Mustern“ errichtet worden ist.

Man darf wohl annehmen, daß die Zeiten eines Fouché, eines Pietri und ähnlicher Genies für Frankreich vorüber sind. Und Herr Constans ist nichts weniger denn genial, sondern nur brutal.

Die französische Volksvertretung hat in der Republik das entscheidende Wort: möge sie zeigen, daß sie die Fouché's und die Pietri's nicht wieder auflieben lassen will!

Friedrich Engels über den Antisemitismus.

Einem nach Wien gerichteten Privatbriefe Friedrich Engels entnimmt die Wiener „Arbeiterzeitung“ mit Genehmigung des Schreibers und des Empfängers die nachstehenden Ausführungen:

Ob sie aber mit dem Antisemitismus nicht mehr Unglück als Gutes anrichten werden, muß ich Ihnen zu bedenken geben. Der Antisemitismus ist das Werkzeichen einer zurückgebliebenen Kultur und findet sich deshalb auch nur in Preußen und Oesterreich, resp. Rußland. Wenn man hier in England oder Amerika Antisemitismus treiben wollte, so würde man einfach ausgelacht und Herr Drumont erregt in Paris mit seinen Schriften — die an Geist denen der deutschen Antisemiten unendlich überlegen sind, doch nur ein bischen wirkungslose Eintags-Sensation. Zudem muß er ja jetzt, da er als Stadtraths-Kandidat austritt, selbst sagen, er sei gegen das christliche Kapital ebenso sehr, wie gegen das jüdische und Herrn Drumont würde man lesen, wenn er auch die gegentheilige Meinung verträte.

Es ist in Preußen der Kleinadel, das Junkerthum, das 10 000 M. einnimmt und 20 000 M. ausgiebt und daher den Bucherern verfällt, das in Antisemitismus macht, und in Preußen und Oesterreich ist es der dem Untergang durch die großkapitalistische Konkurrenz verfallene Kleinbürger, Kunsthandwerker und Kleinrämer, der den Chor dabei bildet und mitschreit. Wenn aber das Kapital diese Klassen der Gesellschaft vernichtet, die durch und durch reaktionär sind, so thut es, was seines Amtes ist

regung, verlor seine Haltung und wollte sie auf den Nacken lassen.

— Kleine Kröte! Kleine Thrin! sagte er. Wenn man solche Haare hat, darf man nicht so schlamm sein. Kommen Sie heute Abend zu mir; wir werden lachen.

In ihrem Schreden, in ihrer Empörung über dieses flammende Gesicht, über diesen glühenden Hauch verlor sie völlig den Kopf. Mit einer äußersten Kraftanstrengung verstellte sie ihm einen Stoß, daß er wankte und schiel auf den Tisch hinsiel. Glücklicherweise für ihn war ein Sessel da, auf den er niedersank, allein infolge des Stoßes spritzte ein Rest Wein aus einem Glase und beschmutzte seine weiße Kravatte und benehte sein rothes Ordensband. Ohne daran zu denken, sich abzutrocknen, saß er nun da, erstickend vor Zorn über eine solche Brutalität, die von einer Seite kam, von der er keinen Widerstand erwartet hatte, wo er nicht seine Macht, nur seine Güte hatten walten lassen!

— Ach, Fräulein! Sie werden das bereuen, auf Ehrenwort!

Denise war entflohen. Man läutete eben zur letzten Tafel und in ihrer Verwirrung, zitternd vor Angst, eilte sie hinauf, Robineau völlig vergessend. Später wagte sie es nicht mehr hinzugehen. Da die Sonne am Nachmittag die Fassade am Gaillonplatz beschien, erstreckte man schier vor Dige in den Salons des Zwischenstockes, trotz der Fenster-Vorhänge von grauer Leinwand. Es kamen hier und da einige Kunden und brachten die Verkäuferinnen in Schweiß, ohne etwas zu kaufen. Die ganze Abtheilung gähnte unter den großen, schlummernden Augen von Madame Aurelie. Gegen drei Uhr endlich, als Denise sah, daß Madame Aurelie eingeschlafen, ging sie hinab und eilte mit ihrer geschäftigen Miene durch das Magazin. Um die Neugierigen

Feuilleton.

„Zum Glück der Damen.“

Roman von Emile Zola.

Autorisierte Uebersetzung von Armin Schwarz.

— Ich will einen Kellner fortschicken und mir Drangen holen lassen, sagte sie dann, sich erhebend; kommen Sie mit?

— Sogleich! erwiderte Denise, an einer Brotkrume knetend.

Sie war entschlossen, zurückzubleiben, um Gelegenheit zu einer Unterredung mit Robineau zu suchen.

Aber, als sie sich mit Jouve allein befand, fühlte sie ein Unbehagen und verließ endlich den Tisch. Als sie sich der Thür näherte, vertrat er ihr den Weg und sagte:

— Fräulein Denise...

Er stand vor ihr und hatte eine väterlich gutmüthige Miene angenommen. Sein grauer Schnurrbart, sein bürtigenartig geschnittenes Haar gaben ihm das Aussehen eines rechtschaffenen Soldaten; dabei streckte er die Brust vor, auf welcher sein rothes Ordensband prangte.

— Was ist denn, Herr Jouve? fragte sie.

— Ich habe Sie heute früh wieder dabei überrascht, als Sie mit Paulinen hinter den Teppichen plauderten. Sie wissen, das ist verboten und wenn ich darüber Bericht erstatten wollte? ... Liebt sie Sie gar so sehr, Ihre Freundin Pauline? Was hat Ihr denn mit einander, daß Ihr Euch gar so zugehan seid?

Denise verstand ihn nicht und fühlte sich immer unbehaglicher vor ihm; er war ganz nahe an sie herangetreten und sprach ihr ins Gesicht.

— Es ist wahr, wir plauderten, Herr Jouve, stammelte sie; aber dabei ist ja nichts Schlimmes... Sie sind sehr gütig gegen mich, ich danke Ihnen.

— Ich sollte nicht gut sein, sagte er; nur gerecht: ich kenne nichts weiter als Gerechtigkeit... Allein, wenn man so hübsch ist...

Und er trat noch näher. Nun wurde sie von Furcht erfaßt; sie erinnerte sich der Worte Paulinens und der Gerüche, welche im Umlauf waren, von den Verkäuferinnen, die, durch den Vater Jouve terrorisiert, sich sein Wohlwollen erkaufen. Er begnügte sich übrigens im Magazin mit kleinen Vertraulichkeiten, kniff die Fräulein, die ihm gefielen, in die Wangen, nahm ihre Hände und behielt sie in den feinnigen, als würde er sich vergessen. Das hatte einen väterlichen Anstrich; seinen sinnlichen Gelüsten ließ er nur außerhalb des Hauses freien Lauf, wenn sich Eine herbei ließ, seine Einladungen zu einer Tasse Thee in seine Wohnung, Rue des Moineaux, anzunehmen.

— Lassen Sie mich, murmelte das Mädchen zurückweichend.

— Sie werden doch nicht die Spröde spielen wollen, einem Freunde gegenüber, der Sie stets geschont hat, sagte er; seien Sie liebenswürdig, kommen Sie heute Abend auf eine Tasse Thee zu mir; es ist gut gemeint.

— Nein, nein, sagte sie abwehrend.

Der Speisesaal blieb leer; der Kellner war nicht mehr zurückgekehrt. Jouve spitzte die Ohren, ob er Schritte hören würde und blinnte scheu um sich; er war in höchster Auf-

und thut ein gutes Werk, einerlei ob es nun semitisch oder arisch, beschritten oder getauft ist; es hilft den zurückgebliebenen Preußen und Oesterreichern vorwärts, daß sie endlich auf den modernen Standpunkt kommen, wo alle alten gesellschaftlichen Unterschiede aufgehen in den einen großen Gegensatz von Kapitalisten und Lohnarbeitern. Nur da, wo dies noch nicht der Fall, wo noch keine starke Kapitalistenklasse existiert, also auch noch keine starke Lohnarbeiterklasse, wo das Kapital noch zu schwach ist, sich der gesamten nationalen Produktion zu bemächtigen und daher die Effektenbörse zum Hauptschauplatz seiner Thätigkeit hat, wo also die Produktion noch in den Händen von Bauern, Gutsherrn, Handwerkern und ähnlichen aus dem Mittelalter überkommenen Klassen sich befindet — nur da ist das Kapital vorzugsweise jüdisch und nur da giebt's Antisemitismus.

In ganz Nordamerika, wo es Millionäre giebt, deren Reichtum sich in unseren lumpigen Mark, Gulden oder Franken kaum ausdrücken läßt, ist unter diesen Millionären nicht ein einziger Jude, und die Rothschilds sind wahre Bettler gegen diese Amerikaner. Und selbst hier in England ist Rothschild ein Mann von bescheidenen Mitteln z. B. gegenüber dem Herzog von Westminster. Selbst bei uns am Rhein, die wir mit Hilfe der Franzosen den Abel vor 95 Jahren zum Land hinausjagte, und uns eine moderne Industrie geschaffen haben, wo sind da die Juden?

Der Antisemitismus ist also nichts anderes als eine Reaktion mittelalterlicher, untergehender Gesellschaftsschichten gegen die moderne Gesellschaft, die wesentlich aus Kapitalisten und Lohnarbeitern besteht, und dient daher nur reaktionären Zwecken unter scheinbar sozialistischem Deckmantel; er ist eine Abart des feudalen Sozialismus und damit können wir nichts zu schaffen haben. Ist er in einem Lande möglich, so ist das ein Beweis, daß dort noch nicht genug Kapital existiert. Kapital und Lohnarbeit sind heute untrennbar. Je stärker das Kapital, desto stärker auch die Lohnarbeiterklasse, desto näher also das Ende der Kapitalistenherrschaft. Aus Deutschen, wozu ich auch die Wiener rechne, wünsche ich also recht flotte Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft, keineswegs deren Versumpfen im Stillstand.

Dazu kommt, daß der Antisemitismus die ganze Sachlage verfälscht. Er kennt nicht einmal die Juden, die er niederreißt. Sonst würde er wissen, daß hier in England und in Amerika, Dank den osteuropäischen Antisemiten, und in der Türkei, Dank der spanischen Inquisition, es Tausende und Abertausende jüdischer Proletarier giebt; und zwar sind diese jüdischen Arbeiter die am schlimmsten ausgebeuteten und die allerelendesten. Wir haben hier in England in den letzten zwölf Monaten drei Streiks jüdischer Arbeiter gehabt und da sollen wir Antisemitismus treiben als Kampf gegen das Kapital?

Außerdem verdanken wir den Juden viel zu viel. Von Heine und Börne zu schweigen, war Marx von stockjüdischem Blut; Lassalle war Jude. Viele unserer besten Leute sind Juden. Mein Freund Viktor Adler, der jetzt seine Hingebung für die Sache des Proletariats im Gefängnis in Wien abbüßt, Eduard Bernstein, der Redakteur des Londoner „Sozialdemokrat“, Paul Singer, einer unserer besten Reichstagsmänner — Leute, auf deren Freundschaft ich stolz bin, und alles Juden! Bin ich doch selbst von der „Gartenlaube“ zum Juden gemacht worden, und allerdings, wenn ich wählen dürfte, dann lieber Jude als „Herr von“! . . .

London, 19. April 1890.

Friedrich Engels.

Politische Uebersicht.

Der philosophische Volkswirtschaftler der „Voss. Ztg.“ ergeht sich einmal wieder in spekulativen Betrachtungen, die unsere lebhafteste Heiterkeit erregen, über die Zukunft der Sozialdemokratie. Anlaß zu diesen Betrachtungen giebt dem Verfasser die Stärke, in welcher die sozialdemokratische Fraktion diesmal im Reichstage auftritt, die Regierungen wie Parteien zwingen, mit der Sozialdemokratie zu rechnen. Dies ist eine Anschauung, mit der wir so weit vollkommen übereinstimmen, die zu verwirklichen auch bisher das lebhafteste Bestreben der Partei bildete. Die ganze bisherige Kampf- und Agitationsweise der Partei hätte keinen Sinn gehabt, wäre es ihr nicht darum zu thun gewesen, eine möglichst

von der Spur abzubringen, ging sie nicht direkt in die Seiden-Abtheilung; sie that, als hätte sie in der Spitzen-Abtheilung zu thun und fragte Deloche um eine Auskunft; dann, im Erdgeschoß, ging sie durch die Abtheilung für Rouener Rattune und betrat die Kravatten-Abtheilung, wo sie höchlich überrascht stehen blieb: Jean stand vor ihr.

— Wie, Du bist's? flüsterte sie erbleichend.
Er hatte seine Arbeitsblouse an, und war baartköpfig, mit seinen unordentlichen, blonden Haaren, deren Wäcken auf sein mädchenhaft weißes Gesicht herab ringelten. Er stand vor einem Fach, welches schmale, schwarze Kravatten enthielt und schien in tiefe Betrachtungen versunken zu sein.

— Was machst Du? fragte sie.
— Nun, ich erwartete Dich; Du verbietest mir zu kommen, ich bin aber dennoch eingetreten, ohne Jemanden etwas zu sagen. O, Du kannst ruhig sein; thue, als ob Du mich nicht kennst, wenn Du willst.

Schon hatten einige Kommiss erstaunte Blicke auf sie geworfen. Jean dämpfte die Stimme.

— Sie wollte mich begleiten. Ja, sie ist draußen auf dem Gaillonplatz am Brinnen . . . Gib mir schnell die 15 Franks oder wir sind in der Tinte, so wahr die Sonne uns bescheint!

Denise gerieth in die äußerste Verlegenheit. Ringsumher lächelte man höhnisch und schien sie zu belauschen. Da hinter der Kravatten-Abtheilung eine Treppe in das Souverrain führte, drängte sie ihren Bruder nach dieser Treppe und ließ ihn hinabsteigen. Unten angekommen, wiederholte er seine Geschichte in vernommenen Worten, offenbar fürchtend, daß sie ihm nicht glauben würde.

— Das Geld ist nicht für sie, denn sie ist zu vornehm dazu. Und ihr Mann! Ah, der macht sich viel aus fünfzehn Franks! Nicht für eine Million würde er seiner Frau einen Fehltritt gestatten. Es ist ein Fabrikant, wie ich Dir sagte, außerordentlich vornehme Leute . . . Nein das Geld ist für einen Glenden, einen Freund, den sie hat, und der uns gesehen hat. — Du begreiffst: wenn man ihm die fünfzehn Franks heute Abend nicht giebt . . .

— Schwieg, flüsterte Denise, sogleich, geh' nur voraus.

entscheidende Nachstellung im Parlament zu erlangen und wir bedauern nur, daß dies nicht noch in ausgedehnterem Maße durch die letzten Wahlen zu erreichen gelang. Der Zahl der für die Partei abgegebenen Stimmen entsprechend, hätte sie bekanntlich ca. 80 Vertreter statt 35 haben müssen.

Die „Voss. Ztg.“ irrt aber vollkommen, wenn sie meint, daß eine positive Reformarbeit, durch welche die Führer etwa ihre staatsmännische Begabung beweisen wollten, bald der Beurteilung durch die sozialistischen Massen verfallen würde.

Genau das Gegenteil ist wahr. Gerade, daß die Sozialdemokratie an die praktischen Bedürfnisse der großen Masse anknüpfend, ihre Agitation eskalirte und hier zunächst Abhilfe zu schaffen versprach, hat ihr die Sympathien der arbeitenden Klassen zugewandelt und wird sie ihr in steigendem Maße zuwenden, wenn die Partei die gegebenen Versprechungen zu erfüllen bestrebt ist, wie dies die eingebrachten Anträge beweisen und andere weitere beweisen werden.

Es ist eine Absurdität sonder Gleichen und ein Beweis, daß der Artikelschreiber der „Voss. Ztg.“ von dem Wesen der Sozialdemokratie, ja nicht einmal von dem Wesen der bürgerlichen Parteien eine richtige Ahnung hat, wenn er ausführt, daß der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachte Arbeiterschutz-Geszentwurf nichts „spezifisch sozialistisches“ enthalte und deshalb durch diesen wie durch andere ähnliche Anträge die Partei nicht mehr widerrufen können, daß den Arbeitern auch im Rahmen der bestehenden Rechts- und Gesellschaftsordnung zu helfen sei, „worin denn das Anerkenntnis liege, daß der Zukunftsstaat“ auch allmählig für die Arbeitermassen in das Reich der Träume rücke.

Das sind wirklich recht merkwürdige logische Sprünge, die nur einer Vogelstrauchpolitik entspringen. Daß der vorliegende Arbeiterschutz-Geszentwurf nichts spezifisch Sozialistisches enthält, daß er wirklich voll und ganz verwirklicht werden kann, ohne daß die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft dadurch angetastet werden, hat niemand nachdrücklicher als die Sozialdemokratie betont, sie ist sich der Tragweite ihrer Forderungen vollständig bewußt. Und dennoch hätte keine andere Partei wie die Sozialdemokratie einen solchen Geszentwurf einbringen können, weil jede andere auf die Interessen der Unternehmerklasse Rücksichten nimmt und nehmen muß bei Strafe ihres Versalls. Die Forderungen der Sozialdemokratie werden also den Beweis liefern, daß keine bürgerliche Partei für sie voll einzutreten magt, obgleich sie ohne Anfechtung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung verwirklicht werden könnten.

Der Verfasser jenes Artikels in der „Voss. Ztg.“ merkt vielleicht jetzt, was für ein großer moralischer Sieg für die Sozialdemokratie in der Konstatierung einer solchen Thatsache liegt.

Und wie hier, so wird die Sozialdemokratie noch auf vielen anderen Gebieten Forderungen stellen können und stellen, die bei gutem Willen alle ausführbar wären, aber nicht ausgeführt werden, weil das Klasseninteresse der Bestehenden sich dem widersetzt.

Die häufige Konstatierung solcher Thatsachen muß aber nothwendigerweise der Partei zum Nutzen gereichen und ihr immer mehr Anhänger aus den bürgerlichen Parteien zuführen. Wer das nicht einsieht, ist blind.

Damit wird aber auch die Erkenntnis für die Nothwendigkeit grundlegender Umgestaltungen an Haupt und Gliedern der Gesellschaft nur geweckt und gestärkt. Und ist diese Erkenntnis nicht bloß im engeren Kreise der Parteigenossen, sondern auf Grund der stetig wachsenden Uebel und der höheren Kulturbedürfnisse allgemein vorhanden, dann tritt auch die Frage des „Zukunftsstaats“, den die „Voss. Ztg.“ etwas voreilig in das Reich der Träume verweist, in greifbarer Nähe.

Die Sozialdemokratie handelt so wie sie handelt vollkommen richtig. Sie giebt von ihrem Programm nicht um eines Haars Breite auf, aber sie trägt andererseits auch den praktischen Verhältnissen Rechnung, doch so, daß sie dabei in ihren Forderungen allen übrigen Parteien um einige Rasenlängen voraus ist. Und darin besteht ihre Unüberwindlichkeit und Stärke.

Der Arbeiterschutz-Geszentwurf der Regierung erfährt in der „Frankf. Ztg.“ eine scharfe Kritik, weil er, neben einigen unerwünschten Verbesserungen der deutschen Fabrik- und Werkstätten-Gesetzgebung positive Rückschritte im bestehenden Arbeiterschutzrechte vorschlägt. Während nämlich bisher 18jäh-

Sie waren jetzt im Verandtdienste. In der saison morto schlief dieser gedämigte Keller im bleichen Lichte, das durch die Fensterlöcher hereinsiel. Es war hier kalt, tiefe Stille herrschte unter der gewölbten Decke. Ein Bursche ordnete auf dem großen Tische die wenigen Pakete, welche für das Wabeleine-Stadtviertel bestimmt waren. Campion, der Chef dieser Abtheilung, saß schlummernd auf einer Bank.

Jean begann wieder:
— Der Gatte hat ein großes Messer.
— So geh' doch, wiederholte Denise, ihn immer fortschiebend.

Sie folgten einem der engen Korridore, wo immerwährend das Gaslicht brannte. Rechts und links waren in finsternen Seitenkellern die Reserve- und Waarenvorräthe aufgestapelt, von dem Hauptkeller durch Latteverschlüsse abgesondert. Endlich hielt sie vor einer solchen Lattehäure. Da wird sie doch Niemand stören, dachte sie, allein es war verboten, in diesen Theil des Kellers zu kommen und sie zitterte vor Angst.

— Wenn dieser Lumpenkerl plaudert, fuhr Jean fort, so kommt der Gatte mit seinem großen Messer . . .

— Wo soll ich 15 Franks hernehmen? rief Denise verzweifelt. Kannst Du denn nicht vernünftig werden? Dir passieren fortwährend so kuriose Geschichten . . .

Er schlug sich prahlerisch auf die Brust. Bei seiner romantischen Erfindungsgabe wußte er schon selber nicht die genaue Wahrheit der Geschichten. Er dramatisirte ganz einfach seine fortwährenden Geldbedürfnisse.

— Bei Allem, was es Heiliges giebt, dieses Mal ist die Sache wahr . . .

Sie ließ ihn von Neuem schweigen; sie war erzürnt, gepeinigt, außer sich.

— Ich will nichts weiter wissen, bleibe für Dich mit Deiner schlechten Aufführung, es ist zu häßlich, daß muß ich Dir sagen; Du peinigst mich unaufhörlich, ich bringe mich um, um Dich mit hundert Sousstücken zu unterstützen. Ja ich bringe die Nächte zu . . . Abgesehen davon, daß Du Deinem Bruder das Brot vom Munde wegnimmst.

rige Kinder allgemein nur 6 Stunden täglich in Fabriken beschäftigt werden dürften, könnten dieselben nach dem neuen Entwurf künftig täglich 10 Stunden zur Fabrikarbeit verwendet werden. Und in der Bestimmung, daß statt des Unternehmers der Betriebsleiter allein strafällig erklärt wird, sobald der letztere ohne Bewußtsein des ersteren Arbeiterbeschäftigungen nicht beachtet, erblickt das demokratische Blatt die Einführung eines neuen Anreizes zur verbietenen Ausnützung geschützter Arbeitskräfte. Daß die neue Vorlage für jeden Tag der vertragswidrig veräußerten Arbeitskraft die Forderung einer Buße in der Höhe des ursprünglichen Taglohnes gestatte und die Bestimmungen gegen die Wahrung zum Streik verschärfe, müsse entschieden von Neuem zur Entlastung und Verbitterung der Arbeiter beitragen. Endlich zählt die „Frankf. Ztg.“ zu den von ihr gerügten rückschrittlichen Bestimmungen die Vorschriften, betreffend die Lohnzahlungen an jugendliche Arbeiter.

Das „Leipz. Tageblatt“ ist sehr entrüstet, daß das „Voss. Blatt“ dem sächsischen Minister des Innern den Rath gab, den Beispiele Bismarcks zu folgen und seinen Abschied zu nehmen. Es erwartet, daß der Minister des Innern nicht nur sein Amt nicht niederlegen, sondern auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes das sächsische Vereinsgesetz als scharfste gegen die Sozialdemokratie anwende. Dieses letzteren Wunsches bedürfte es nicht erst, da schon gegenwärtig die sächsischen Behörden sich auf die scharfste Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes einrichten, das Bestimmungen enthält, die dem des Sozialistengesetzes in nichts nachstehen, es sogar teilweise übertreffen. Die sächsische Regierung wird aber auch darauf gefaßt sein müssen, daß die sozialdemokratische Fraktion durch Antrag auf Erlass eines Reichsgesetzes über das Vereins- und Versammlungswesen die Gelegenheit erfaßt, um die sächsische Praxis gründlich vor der weiteren Dessenlichkeit zu erörtern.

Die politische Feigheit und Charakterlosigkeit des sächsischen Nationalliberalismus zeigt sich übrigens in bester Beleuchtung in diesem Angriff nach reaktionärer Handhabung eines an sich schon reaktionären Gesetzes. Erst galt ihnen das Vereins- und Versammlungsgesetz als Ausbund aller Reaktion, so lange sie sich darunter zu leiden hatten und Ambos waren. Heute, wo sie Hammer sind, ist es ihnen nicht reaktionär genug und sie finden die willkürlichsten Auslegungen desselben gut. Wir haben es aber mit von Klassenhaß erfüllten Segnern zu thun, die in ihrer blinden Wuth zu jeder politischen Lumperei aufgeleget und fähig sind.

Die Leipziger Amtshauptmannschaft hat dem Arbeiterkomitee für die Feier des 1. Mai ihre Anerkennung ausgesprochen über das Geschick, mit welchem dasselbe die Demonstration geleitet und Ruhestörungen verhindert habe. Das „Leipz. Tagebl.“, das gegen jeden Schmutz gegen die Sozialdemokratie aushebt, um sie damit zu beweißen, hat noch keine Zeit gehabt von diesem Inhalt der Amtshauptmannschaft Kenntniss zu nehmen.

Herr von Heildorff hatte nach der „Königlichen Volkszeitung“ geplant, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zum offiziellen Organ der konservativen Partei zu machen, was natürlich Herrn Bindter sehr lieb gewesen wäre. Er bearbeitete zu dem Behufe seine ehemaligen Fraktionsgenossen im Reichstage, stieß indeß bei den maßgebenden Persönlichkeiten auf Widerstand, so daß der Plan nach tagelangen Erörterungen aufgegeben wurde.

Der Bundesrath hat bekanntlich den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung von Bestimmungen des Strafgesetzbuchs, die Zustimmung ertheilt. Es handelt sich, wie verschiedene Blätter mittheilen, in dieser Novelle darum, die Strafbestimmungen zum Schutz der Telegraphenlinien auf Hochspannungsanlagen auszudehnen. Ferner sollen diejenigen, welche schon einmal verwendete Post- und Telegraphenwertzeichen nachtheiliger oder gänglicher Entfernung des Entwurfszeichens zu Frankfurter benutzen, der Strafe des § 276 des Strafgesetzbuchs unterliegen und dergl. mehr.

Da sich die sächsischen Nationalliberalen und Konservativen noch immer nicht an den Gedanken gewöhnen können, ohne Sozialistengesetz existiren zu müssen, erscheint es der „Voss. Ztg.“ am Plage zu sein, einmal daran zu erinnern, wie die Verlage von F. A. Brockhaus erscheinende Zeitschrift „U n s e r e Zeit“ im Jahre 1878 wenige Wochen vor der Entscheidung über das Ausnahmegesetz über dasselbe urtheilte. Diese Zeitschrift, deren politischer Theil stets der politischen Richtung des Verlegers entsprechend in nationalliberalem Sinne redigirt wurde, schrieb damals wörtlich:

„Nimmt der Reichstag das Ausnahmegesetz an, so kommt das Deutsche Reich mit vollen Segeln im breitesten Fahrwasser der Reaktion; eine Zeit der Festsetzungs- und Gedankeninquisition, die an die vorwärtigen Jahre erinnert, eine Zeit der Denunziationen, welche jetzt schon hinlänglich durch die mehr als 500 Prozesse wegen Majestätsbeleidigung illustriert wird, bricht heran. Das Doppelgesicht des Geszentwurfs, der neben dem terroristischen Mißbrauch, das er der Sozialdemokratie zuwendet, auch die Züge eines in das alte Prädikatsystem zurückfallenden Spezialgesetzes trägt, macht dasselbe für die Freiheit des deutschen Geistes nur um so bedrohlicher. Mindestens aber sollte kein Abgeordneter, der diesem Gesetze seine Zustimmung ertheilt, noch die Stirn haben, sich zu dem

Jean stand verstört, mit bleichem Antlitz da. Wie? es ist häßlich? Er begriff die Sache nicht, er hatte seine Schwester immer als Kameradin behandelt und er fand es ganz natürlich, daß er ihre Börse plünderte. Was ihn aber hauptsächlich verstörte, war zu erfahren, daß sie die Nächte zubringe. Der Gedanke, daß er sie tödte und daß er Bepo das Brot wegessen, machte ihn dermaßen bestürzt, daß er zu weinen begann.

— Du hast Recht, ich bin ein Glender, rief er; aber es ist durchaus nicht häßlich, im Gegentheil . . . Die heutige ist 20 Jahre alt, mußt Du wissen; sie lachte, weil ich erst 17 Jahre alt bin. Mein Gott, ich bin wüthend genug über mich, daß ich noch so jung bin!

Er hatte ihre Hände erfaßt, bis er küßte und mit seinem Thränen benetzte.

— Gib mir die 15 Franks, es wird das letztemal sein, ich schwöre es Dir; oder gib mir nichts, ich will lieber sterben; wenn der Gatte mich tödtet, so wirst Du meine los sein.

Und weil nun auch sie weinte, fühlte er Gewissenbisse.

— Ich sage das übrigens nur so, vielleicht will er Niemanden tödten. Wir werden uns schon irgendwie vergleichen, ich verspreche Dir's, Schwesterchen. Warte ich gehe.

Jetzt vernahmen sie das Geräusch von Schritten, die vom anderen Ende des Korridor's herkamen. Alle Beide erschrecken; sie drängte ihn rasch gegen die Lattehäure in einen dunklen Winkel. Einen Augenblick hörten sie nichts, als das Pfeifen der Gasflamme in ihrer Nähe, dann näherten sich die Schritte; sie streckte den Kopf vor und erkannte den Inspektor Jouve, der mit seiner strengen Miene daherkam. Kam er zufällig oder hatte ein anderer Wächter ihn beobachtet? Sie wurde von einer solchen Furcht ergriffen, daß sie den Kopf verlor. Sie stieß Jean wieder aus dem dunklen Winkel hervor, wo sie sich Beide versteckt hatten und trieb ihn vor sich her, indem sie stammelte:

— Geh, geh!

Überlesen zu zählen, welche Kiste auch die Partei, der er an gehört, aufgestellt haben mag.

Wodurch man nun, daß heute die sächsischen Nationalliberalen am liebsten einer Verschärfung des Sozialistengesetzes, insbesondere aber der Expropriation zustimmen würden, so kann man nur glauben über die Fortschritte, welche diese „Auchliberalen“ im Laufe des letzten Jahrzehnts gemacht haben.

Aus Hinterwäldl schreibt man uns zu der „Verächtigung“ des Bürgermeisters Klitz: Die Erklärung des Herrn Klitz, daß bei dem friedlichen und verständigen Sinn der hiesigen Arbeiter an militärische Maßnahmen nicht gedacht worden ist, ist schwer mit dem Versammlungsverbot am 1. Mai, in welchem von Bestrebungen auf Umsturz u. gesprochen wurde, in Zusammenhang zu bringen. Das Verhalten der hiesigen Behörde war um so auffälliger, als den Arbeitern bei anderer Gelegenheit vom Herrn Bürgermeister verriet worden ist, daß er ihnen freies Spiel lassen und keine Versammlung verhindern werde. Nebenbei vernehmen wir, daß der Herr Klitz ein militärisches Verbot begehrt haben, daß von militärischen Maßnahmen — natürlich gegen die Arbeiter — tatsächlich kein Gebrauch auf diesen Punkt für überflüssig hält.

Aus Gera, den 11. Mai, wird uns geschrieben: Eine schneidige Polizeibehörde ist doch die von Gera. Bereits vor zwei Jahren bei Gelegenheit des Maurerstreiks erregten die Maßnahmen derselben die allgemeine Aufmerksamkeit. Damals ließ der Stadtrath wider Recht und Gesetz die Maurerstreikliste beschlagnahmen und behielt dieselbe ein volles Jahr in Verwahrung. Ferner beantragte damals der Stadtrath die Bestrafung des Streikauschusses, wurde aber in allen Instanzen damit abgewiesen. Als Weiteren hat damals dieselbe Behörde alle Personen, welche für die freirechtlichen Maurer eintraten, wegen Verleumdung mit Strafmandaten besetzt. Da jedoch die Betroffenen von allen drei Instanzen freigesprochen wurden, hat man die Sache anders angefaßt. Im Oktober 1889 wurde eine Verordnung publiziert, nach welcher alle Sammlungen jeder Art ohne vorgängige Stadtrathliche Erlaubnis verboten seien. Wie diese Verordnung gehandhabt wird, geht am besten daraus hervor, daß jetzt gegen ungefähr 10 Personen Strafmandate in Höhe von 5 M. erlassen wurden, weil die betreffenden bei Gelegenheit eines Leichenbegängnisses zur Anschaffung von Kränzen unter ihren Kollegen in den Fabriken ohne Stadtrathliche Erlaubnis Sammlungen veranstaltet haben. Auf Grund dieser Verordnung ist nun auch das Einsammeln von Beiträgen zur Unterstützung der ausgesperrten Weber verboten und eine sehr große Zahl von Personen, welche dem zuwiderhandelten, sind mit 10 M. bestraft worden. Das dürfte aber ist wohl die nachstehende Verordnung, welche im „Amtsblatt“, sowie an den Plakatafeln bekannt gemacht worden ist:

Stehenbleiben auf den Straßen u. s. w.
Auf Grund des Gesetzes vom 8. Juni 1864 über die Polizeiverwaltung verordnen wir hiermit, daß alles unzulässige Stehenbleiben, Hin- und Hergehen und sonstige zwecklose Verweilen auf den Straßen und den an dieselben angrenzenden offenen Grundstücken, insbesondere in der Nähe der Fabriken und der Zugänge zu denselben, bis auf weiteres namentlich in den Stunden vor Beginn und Ende der Thätigkeit in den Fabriken verboten ist.
Zu widerhandlungen werden, soweit nicht schwerere Strafbestimmungen einzutreten haben, mit Geldstrafe bis zu 150 M. geahndet.

Der Stadtrath zu Gera, den 8. Mai 1890.
Rud. Rüdelschel.

So etwas dürfte wohl noch nicht dagewesen sein. Diese Verordnung ist gegen die ausgesperrten Arbeiter gerichtet und charakteristisch treffend die Gesinnung in gewissen Kreisen.

Ein leuchtendes Beispiel exemplarischer Gesinnungshäufigkeit, wie sie in der Zeit seit Aufhebung des neuen Reiches so üppig in's Kraut geschossen ist, liefert „Der Arbeiterpatron“ für Deutschlands Porzellanmacher und -Maler in Jugendsheim „Gingelander“:

Obgleich wir vor Verührung mit Denunziantengeschichten zurückzusehen, veröffentlichen wir auf Wunsch des Porzellanmalers Olinitsky in Tiefenfurt in Schlesien folgendes: „Hiermit erkläre ich, daß die Anzeige wegen Majestätsbeleidigung weder durch den Porzellanmaler Olinitsky erfolgt ist, noch derselbe irgend welche Veranlassung gegeben hat, sondern daß ich dieselbe nur allein, und zwar in Rücksicht auf mein Geschäft als Gastwirt gethan habe.“

Karl Hüner, Gastwirt.
Die umseitige Unterschrift des Gasthofbesizers Hüner wird hiermit beglaubigt.
Ober-Salzbrunn, den 22. März 1890.
Der Amtsvorsteher, Drecher.

(Polizei-Stempel.)
Ueber die Angelegenheit selbst wird den „Schles. Nachr.“ geschrieben: Der Porzellanmaler Förster war bei dem Gastwirt Hüner in Logis. Bei einem Glase Bier war er mit einigen Kollegen genüßlich zusammen und sprach mit diesen über die Kaiserlichen Erlasse. Förster soll über dieselben einige missällige Aeußerungen gethan haben, und zwar, wie bekundet wird,

„Und nun liefern alle Beide, wobei sie hinter sich den truchenden Athem des Vater Jouwe hörten, der sie verfolgte. Sie kamen wieder durch den Veranddienst und gelangten zum Fuße der Treppe, die zu dem Glasverschlag der Rue de Michodière führte.“

„Geh, geh! wiederholte Denise, ich werde Dir die 15 Francs senden, wenn ich es kann.“
Der Inspektor, der athemlos hinter ihm drein war, sah nur noch einen Zipfel seiner weißen Blouse und die flatternden Locken seines blonden Haars. Der alte Jouwe schnaufte sich einen Augenblick aus, um die Korrektheit seiner Haltung wieder zu finden. Er hatte eine neue weiße Kravatte, die er in der Wäsche-Abtheilung gekauft.

„Ah so, das ist eine saubere Geschichte, mein Fräulein! sagte er mit bebenden Lippen. Ja, sehr nett. Glauben Sie, daß ich es finden werde, daß Sie im Keller solche schmutzige Dinge treiben?“

Und mit diesem Worte verfolgte er sie, während sie in das Magazin hinaufstieg; ihr war die Kehle wie zusammengequetscht, sie fand kein Wort der Vertheidigung. Jetzt besetzte sie, entflohen zu sein. Es wäre doch besser gewesen, die Situation zu erklären und ihren Bruder zu nennen. Man wird man abermals solche abscheuliche Geschichten über sie erfunden und sie wird vergebens schwören, man wird sie nicht glauben. Sie hatte sich nun Robineau wieder vollständig vergessen und begab sich direkt in ihre Abtheilung.

Jouwe hingegen eilte sofort in die Direktion, um über den Vorfall Bericht zu erstatten. Der Diener sagte ihm, daß Herr Mouret sich in Gesellschaft der Herren Bourdanele und Robineau befinde. Die Thüre stand übrigens halb offen; man konnte Mouret hören, welcher den ersten Kommissar fragte, ob er einen angenehmen Urlaub gehabt habe; von seiner Entlassung war keine Rede; es handelte sich im Gegentheil um verschiedene Maßnahmen, welche in seiner Abtheilung getroffen werden sollten.

„Was wünschen Sie, Herr Jouwe? rief dann Mouret; kommen Sie herein.“ (Fortsetzung folgt.)

nachdem er schon „eins über den Durst“ getrunken hatte. Ober-Hübner hatte nicht öligeres zu thun, als zu denunzieren. Förster wurde mit 6 Monaten Gefängnis bestraft. Er wird allgemein bedauert, da er ein sonst ruhiger und besonnener Mensch ist.

Eberfeld, 10. Mai. Nach länger denn Jahresfrist war heute Vormittag wieder einmal eine Hausdurchsuchung in den Räumen der Druckerei und Expedition der „Freien Presse“. Polizeikommissar Rammhoff mit mehreren Polizeibeamten in Zivil erschienen plötzlich gegen 10 Uhr. Polizeikommissar Rammhoff fragte nach dem Aufbewahrungsort der Zeitungen ohne den Grund der Hausdurchsuchung anzugeben. Herr Grimpe fragte, auf wessen Anordnung u. diese Maßregel getroffen sei und um was es sich handele. Polizeikommissar Rammhoff bemerkte darauf, daß die Mittheilung über den Zweck erst nach vollendeter Hausdurchsuchung erfolge, weil sonst der Zweck derselben bekannt gegeben werden könnte. Herr Grimpe protestirte unter solchen Umständen gegen die Vernehmung der Durchsuchung und verlangte unter allen Umständen die Zuziehung von 2 Privatpersonen, wie dies das Gesetz vorschreibe. Polizeikommissar Rammhoff beeilte sich, dieser Vorschrift Genüge zu leisten und ging fort, gefolgt vom Polizeisergeant Jädel, solche zu holen, während ein Polizeiwachtmeister zur „Beaufsichtigung“ in der Expedition zurückblieb. Nach einem Zeitraum von 20 Minuten erschienen dann auch die Herren wieder, gefolgt von zwei Personen in Zivil, die als die Herren Swald Nisse, Mittelstr. 27, und Hermann Rauswald, Alexanderstr. 18 wohnend, vorgestellt wurden. Da Herr Grimpe weder den einen noch den anderen der Herren kannte, richtete er die Frage an sie, ob sie im Dienste der Polizei ständen, um sich zu vergewissern, ob er auch tatsächlich mit Zivilpersonen zu thun habe. Die Antwort auf diese Frage blieb aus. Auf den abermaligen Protest gegen die Durchsuchung, bevor nicht der Zweck derselben bekannt gegeben worden, erhielt Herr Grimpe vom Polizeikommissar Rammhoff die Antwort, daß er jetzt die Durchsuchung vornehme und wenn er sich derselben widersetze, er sich des Widerstandes u. schuldig mache. Die Durchsuchung begann und wurde in „behaupetem“ Zustande vorgenommen. Nachdem die alten Zeitungen und Makulaturen brunter und drüber geworfen waren, entdeckte Polizeikommissar Rammhoff in der Druckerei ein Exemplar der Nr. 88 der „Düsseldorfer Arbeiterzeitung“, die er vorläufig an sich nahm. Nach beendeter Durchsuchung wurde Herr Grimpe der Zweck derselben bekannt gegeben. In Nr. 88 der „Düsseldorfer Arbeiterzeitung“, zweites Blatt, vom vorigen Jahre, ist die bekannte Erklärung des Reichstagsabgeordneten Frohne veröffentlicht, die zum Gegenstand einer Zurückweisung einer Behauptung des Polizeikommissars Tilger, die derselbe als Zeuge in dem Riesenprozeß gethan hatte, hat. Frohne wurde wegen dieser Erklärung der Beleidigung des Tilger in Düsseldorf angeklagt und zu 50 Mark verurtheilt, ebenso wurde ausgesprochen, die noch vorhandenen Exemplare sowie Formen und Platten, die zur Herstellung der Erklärung dienten, zu vernichten. Das Resultat der Durchsuchung ist in folgendem Altkonkret niedergelegt:

Dem Redakteur Herrn S. Grimpe wird hiermit befohlen, daß die in den Räumen der Redaktion und Druckerei statgefundene Durchsuchung nach der Nr. 88 der „Düsseldorfer Arbeiterzeitung“, zweites Blatt, erfolglos war.

Eberfeld, den 10. Mai 1890.
Der Polizeikommissar: Rammhoff.

Bodrum, 9. Mai. Eine Beschwerde folgenden Inhalts ist an die königliche Regierung zu Karsberg abgegangen. „Am 27. April fand in Langendroer beim Wirth Legendecker eine Versammlung der Mitglieder des Verbandes zur Wahrung und Förderung bergmännischer Interessen in Rheinland und Westfalen statt. In dieser Versammlung sollte das Verbandsmitglied Ludwig Schröder aus Dortmund über Zwecke und Ziele des Verbandes referiren. Als ihm das Wort erteilt werden sollte, erklärte der überwachende Beamte, wenn Schröder spreche, würde die Versammlung sofort aufgelöst. Hierüber war die Versammlung sehr unzufrieden und aufgeregt, und verlangte eine Erklärung, weshalb Schröder nicht sprechen sollte. Der Polizeisergeant erklärte hierauf, daß laut landrätlicher Verfügung vom 28. März, Brodum, Marggraf, Bunte, Schröder, Siegel und Meyer bis auf Weiteres in keiner Versammlung sprechen dürften, widrigenfalls die Versammlung sofort aufzulösen sei. Wir Endesunterzeichnete fühlen darin eine Beschränkung unserer Staatsbürgerlichen Rechte und sind hierdurch in der öffentlichen Meinung durch die Behörde herabgesetzt und heruntergewürdigt. Wir sind mit dem Strafgesetze noch nicht in Konflikt gekommen, wir haben bis heute unsere bürgerlichen Ehrenrechte nicht verloren, stehen nicht unter polizeilicher Aufsicht, bezahlen unsere Steuern und tragen unsere Pflichten als Staatsbürger in vollem Umfange. Wir bitten die Regierung, die Unterbehörden anzuweisen, daß sie uns in der Ausübung der uns gesetzlich zustehenden Rechte nicht hindern in den Weg treten. Wir bitten, den Uebergriffen der Unterbehörden nach dieser Seite hin zu steuern. Bunte, Brodum, Meyer, Siegel, Marggraf, Ludwig Schröder.“

Oesterreich-Ungarn.

Die fürsorgliche Behörde in Oesterreich ist entschieden das Kreisgericht in Jitschin (Böhmen). Sie richtet ihr Augenmerk auch auf im Auslande erscheinende Zeitungen. So hat sie kürzlich mehrere Nummern der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ konfisziert oder wie es in dem Erkenntniß heißt, das objektive Verfahren gegen dieselben eingeleitet und auf Vernichtung der weiteren mit Beschlag zu belegenden Exemplare erkannt. Beanstandet sind u. a. mehrere Stellen aus der Wiener „Arbeiterzeitung“, die hier in Wien nicht beanstandet wurden; ferner die Zeile unter dem Kopf: „Am 1. Mai von Land zu Land — ruft Proletariat Schwelge Hand“, die auch der „Freigeist“ in Reichenberg seit Monaten ungenirt an der Spitze führte, die einfache Notiz, daß die belgische Regierung die Demonstrationen verboten habe u. s. w. In all dem Aufgeführten ist die Aufforderung „nicht zu verkennen“, gewisse Zugeständnisse und günstigere Arbeitsbedingungen von den Arbeitgebern zu erzwingen“, somit der Thatbestand des in § 805 Str.-G. bezeichneten Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung enthalten.

Frankreich.

Paris, 10. Mai. Deputirtenkammer. Finanzminister Rouvier hat den Gesetzentwurf eingebracht, nach welchem aus trockenen Trauben hergestellter Wein mit 3 Frks. Steuer per Hektoliter belegt werden soll. — Unterstaats-Sekretär Etienne gab in der Beantwortung der Interpellation wegen Dahomey ein Bild der dortigen Lage, bestätigte die Zurückgabe der Geiseln und sagte hinzu, Frankreich werde seine Position behaupten; die Regierung beabsichtige nicht, eine Expedition dorthin zu entsenden, dieselbe werde aber die Okkupation des französischen Territoriums aufrecht erhalten; Alles deute darauf hin, daß der König von Dahomey sich zu Unterhandlungen werde geneigt sehen. Frankreich habe in Afrika einen sehr großen Besitz, den es kolonisiren müsse; würde es sich auf irgend einem Punkte schwach zeigen, so würde sein Prestige darunter leiden (Beifall). Marineminister Warby gab in Verantwortung einer Frage des Deputirten Fleury's Details über die Streitkräfte in Dahomey, der Gesundheitszustand derselben sei befriedigend, übrigens sei das Geschwader ohne Forderungen neuer Kredite verstärkt worden. — Hierauf wurde die von der Regierung gebilligte einfache Tagesordnung einstimmig angenommen.

Paris, 10. Mai. Deputirtenkammer. In weiteren Verläufe der Sitzung interpellirte der Deputirte Voyer (Sozialist) über die anlässlich der Kundgebungen vom 1. Mai getroffenen Maßregeln und machte der Polizei Vorwürfe. Der Minister des Innern Constans erwiderte, die Kundgebung hätte einen politischen Charakter gehabt, das Verhalten der Polizei sei anerkennenswerth, und er übernehme die Verantwortung für dasselbe. Schließlich wurde eine Tagesordnung, in welcher das Verhalten der Regierung gebilligt wird, mit 894 gegen 57 Stimmen angenommen.

Italien.

Das Zentralkomitee der Arbeiterpartei in Italien hat an die Unterabtheilungen den Plan zur Gründung eines Unterstützungskomitee für verhaftete Parteigenossen verfaßt. Die Satzungen dieser Komitee sind im Anzuge folgende: 1. Vom 1. April ab wird von der italienischen Arbeiterpartei eine Hilfskasse eingerichtet, um solche Parteimitglieder zu unterstützen, die sich wegen ihrer Verhaftung an Ausländern oder an der Agitation im Gefängnisse befinden. Das Zentralkomitee übernimmt die Verantwortlichkeit. 2. Der dazu nötige Fonds wird aufgebracht durch einen Beitrag von 30 Lit. monatlich, der von Anhängern der Partei ohne Unterschied gezahlt wird. 3. Das Zentralkomitee wird allen Sektionen zu diesem Zwecke gedruckte Musterlisten schicken. 4. Nur die Parteimitglieder haben auf die Hilfe dieser Kasse Anspruch. Mit dem Ende eines jeden Vierteljahres wird das Zentralkomitee der Partei und der Nation Bericht über die Thätigkeit dieser Kasse erstatten.

Rußland.

Die Erzählungen des amerikanischen Journalisten George Kennan über seine Erlebnisse in Sibirien haben so ungewöhnliches Aufsehen erregt und sein, auch von uns seiner Zeit eingehend gewürdigtes Buch: „Sibirien“ hat eine so große Verbreitung gefunden, daß Herr Kennan sich veranlaßt gesehen hat, unter demselben Titel eine „Neue Folge“ (Sibirien) von George Kennan, Deutsch von E. Kirchner. Berlin Verlag von Siegfried Grossbach) erscheinen zu lassen. Wenn in dem früheren Buche hauptsächlich die Leiden der Verbannung auf der Reise geschildert worden, so beschäftigt sich die „Neue Folge“ insbesondere mit der Behandlung derselben in den ihnen zum ständigen Aufenthalte angewiesenen Gefängnissen in Sibirien. Die Bilder sind mit einer einzigen Ausnahme stets sehr lebendig — graufig. Wenn die Petersburger Zentralbehörde nicht der Macht gewesen wäre, daß Herr Kennan ein ausgesprochener Gegner der russischen Sozialrevolutionäre sei, so würden er und sein Genosse Herr Frost nie Gelegenheit erhalten haben, die Zustände in den Minen von Kara kennen zu lernen. Diese Minen sind „Eigentum“ des Zaren, welcher zum Tode verurtheilte „Nihilisten“ dorthin in die Verbannung begnadigt. Zur Zeit befanden sich in 7 Gefängnissen 1800 zu Zwangsarbeit Verurtheilte. Der Zustand der Gefängnisse ist ein entsetzlicher: keine Ventilation, auf dem Boden eine struflige festgetretene Schmutz, an den Wänden ganze Streifen von dem Blute getrodener Wangen, Holzspitzen, auf denen die Sträflinge ohne Strohdacke, ohne Hissen und Decken dicht aneinander gedrängt schlafen müssen, in einer Zelle 20 Mann in einem Raum von 24 Fuß Länge, 22 Fuß Breite und 8 Fuß Höhe. Dabei der unermessliche Excrementelhaufen — das einzige Möbel in der Zelle. Ferner giebt es für Einzelhaft Zellen, welche zum Stehen nicht hoch genug und zum Liegen nicht lang genug sind! „Ich war“, so erzählt der Oberst, „1/2 Jahre Kommandant des Kosakbataillons in Kara und als ich endlich vor einigen besonderen Dankgottesdienst abhalten ließ.“ Alle Bergwerke in diesen Theile Transkaspasiens sind Eigentum des Zaren und als die „Kabinettminen“ bekannt. Auf welche Weise die Zaren dieselben erworben haben, ist in weiteren Kreisen nicht bekannt und als ein gebildeter Russe an einem Werke zu arbeiten anfing, welches den Titel „Ursprung des Reichthums der Romanows“ führen und im Auslande veröffentlicht werden sollte, da wurde derselbe, noch ehe er seine Forschungen beendet hatte, nach Sibirien verbannt. Welche Behandlung die sogenannten politischen Verbrecher ausstehen haben, ist bereits aus dem früheren Werke des Herrn Kennan und aus sonstigen Mittheilungen, die in der Tagespresse erschienen sind, bekannt geworden. Es ist eine Thatsache, daß die „Politischen“, Männer wie Frauen, wiederholt Versuche gemacht haben, durch den Hungertod ihr Leben zu beenden. Viele derselben haben Selbstmord verübt, wie z. B. die Frauen Rogatschew und Deschew und die Männer Semjonowski Robin und Uspenski. Es ist auch nichts Seltenes, daß man unter den Gefangenen Wahnsinnige antrifft. An mehr als einem Orte Transkaspasiens wurden die Amerikaner beim Betreten überfüllter Gefängnisse durch Wahnsinnige erschreckt, die plötzlich mit wildem Gefächrei oder hysterischem Lachen auf die Besucher losprangen. Im ganzen Lande giebt es keine Irrenanstalt und es ist bequemer und wohlfeiler, wenn die Mitgefengenen für einen Geisteskranken sorgen, als ihn abzusperrern und mit einem eigenen Wächter zu versehen. Für gebildete politische Gefangene ist es natürlich entsetzlich niederdrückend, beständig in dem armen Kranken ein Beispiel von dem Elend vor Augen zu haben, das möglicherweise auch der Abschluß ihres Daseins sein wird.

Balkanländer.

Im weiteren Verlaufe der Anlagenschrift gegen Panika wird der Nachweis zu führen versucht, daß Kolobow thatsächlich in der Eigenschaft eines Bevollmächtigten der russischen Gesandtschaft in Bukarest gehandelt habe, daß der Chef des asiatischen Departements Zinowjew und anderen hochgestellten Persönlichkeiten um das Komplot gewußt hätten, sowie daß auch Panikow dabei eine Rolle gespielt habe. Ferner schildert die Anlagenschrift, auf welche Weise der Prinz nach seiner Rückkehr von der Reise nach dem Westen hätte verhaftet werden sollen und an welchen Umständen die Ausführung des Planes scheitert sei.

Arbeiterbewegung.

Frankfurt, 10. Mai. In die lehtwöchentliche Lohnbewegung traten nun auch die Barbiergehilfen; sie wollen Aufbesserung der Lohnverhältnisse, Verkürzung der in einzelnen Geschäften löstündigen Arbeitszeit, wie auch früheren Schluß am Sonntag. Am nächsten Dienstag soll nach Beschluß einer am letzten Dienstag stattgehabten Beihilferversammlung eine gemeinschaftliche Versammlung von Prinzipalen und Gehilfen über diese Fragen beraten.

Gera, 9. Mai. Der Ausstand in Gera dauert unverändert fort. Sämmtliche Greizer Weber haben in einer dort abgehaltenen Textilarbeiter-Versammlung folgenden Beschluß gefaßt: Wenn bis Sonnabend, den 10. Mai er. zwischen den Geraer Fabrikanten und den dortigen Webern keine Einigung erzielt wird, legen wir am genannten Tage die Arbeit nieder. Alle Vermittlungsversuche sind bis jetzt resultatlos verlaufen. Die Ausständigen verhalten sich musterhaft und halten fest an der zehnstündigen Arbeitszeit. Der Ausstand nimmt Tag für Tag größere Dimensionen an. (Siehe auch die Korrespondenz aus Gera unter Politische Ueberblick.)

Hamburg, 11. Mai. Der hiesige Verband für Eisenindustrie macht durch Inserat bekannt, daß sich der größte Theil der Betriebe auf dem Gebiete der Eisenindustrie im Streik befinde, und bittet die Auftraggeber deshalb um Nachsicht. Die Polizeibehörde hat eine Bekanntmachung erlassen, in der sie die Arbeiterkreise darauf aufmerksam macht, die Polizeiwachen und Patrouillen seien angewiesen, den Nicht-Streikenden gegen etwaige Störungen oder Belästigungen bei der Arbeit jedergelt Schutz zu gewähren.

Hoyenhagen, 11. Mai. Eine Versammlung der hiesigen Maurergesellen hat beschloffen, morgen zu streiken, weil die Meister den neunstündigen Arbeitstag verweigern.

Neung, 11. Mai. Eine von etwa 3000 Streikenden besuchte Arbeiterversammlung beschloß heute, die Arbeit nicht früher wieder aufzunehmen, als bis zwischen allen Arbeitern und Fabrikanten Einigkeit hergestellt sei. Eine kleine Arbeiterversammlung in Lieben hat ebenfalls die Fortdauer des Streiks beschloffen.

Theater.

Dienstag, den 13. Mai.
Spernhaus. Die Zauberflöte.
Schauspielhaus. Der Sturm.
Festung-Theater. Ein Besuch. Hier-
 auf: Mädchenrache.
Deutsches Theater. Faust. Erster
 Theil.
Berliner Theater. Julius Cäsar.
Friedrich-Wilhelm-Büdi. Theater.
 Der arme Jonathan.
Wallner-Theater. Ultimo.
Viktoria-Theater. Stanley in Afrika.
Offend-Theater. Der Scharfrichter
 von Berlin.
Residenz-Theater. Marquise.
Pelleas- und Melisande-Theater. Der Nau-
 tilus.
Brüll's Theater. Die Regiments-
 tochter.
Central-Theater. Ein fideles
 Haus.
Adolf Ernst-Theater. Der Gold-
 fuchs.
Ordr. Richter's Variété. Spezial-
 täten-Vorstellung.

Englischer Garten

Direktion: C. Andress, Alexander-
 straße 27c.
**Eröffnung des Sommergartens
 und Bühne.**
 Täglich Auftreten erster Spezialitäten.
 Anfang Wochentags 8 Uhr. Sonntags
 5 1/2 Uhr.
 Entree Wochentags und Sonntags 30,
 50 u. 75 Pf., im Vorverkauf 30 u. 50 Pf.
 Der Garten ist an Vereine für Som-
 merfestlichkeiten mit Spezialitäten-Vor-
 stellung zu vergeben.
Andress.

Stablifement Buggenhagen am Moritzplatz.

Täglich:
Grosses Garten-Concert.
 Direktion A. Hödmann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Wochentags 10 Pfg.,
Entrée Sonn- und Festtags 25 Pfg.
 Bei ungünstiger Witterung in den
 unteren Restaurationsräumen.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Kuchenschank von Bahrenhofer
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 Die oberen Säle bleiben bis auf
 Weiteres wegen Renovierung geschlossen.
 641 **F. Müller.**

Passage 1 Str. 9 Uhr M. 6. 10 Uhr Ab

Kaiser-Panorama.
 Nur diese Woche:
 Wollen Wünschens entsprechend: 1. Reise
 d. Norwegen. 2. ersten M.: Eine
 Reise Steiermark - Oesterreich.
 Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.
 Abonnement 1 M.
 Jede Woche andere Reisen.

Geschäftshaus S. Heine.

Chausseestraße 14.
 Die schönsten
Kinderkleider u. Mäntel
 für Mädchen jeden Alters, sowie
Morgenröde, Unterröde,
Blusen und Tricottailen
 auch im Einzelverkauf sehr billig!
 Massbestellungen u. Reparaturen
 werden prompt erledigt!
Chausseestraße 14.
 Geschäftshaus S. Heine.

Achtung! Tabakarbeiter!

Ueber folgende Fabriken ist die Sperre
 verhängt:
Carl Martionzen (wegen Maßregelung),
 1. Geschäft: Biederstr. 5,
 2. " " Friedrichstr. 97,
 3. " " Alexanderstr. 71,
 4. " " Neue Promenade 1,
 5. " " Gertraudenstr. 20,
 6. " " Belle-Alliancestr. 98/99,
 7. " " Dresdenerstr. 93,
 8. " " Boststr. 16,
 9. " " Neue Königstr. 19c,
 10. " " Andreasstr. 75,
 11. " " Chausseestr. 8,
 12. " " Preussenstr. 83,
 13. " " Andrastr. 59,
 14. " " Friedrichstr. 204,
 15. " " Spandau.
Schmeisser (wegen Maßregelung),
 1. Geschäft: Chausseestr. 25,
 2. " " Chausseestr. 76,
 3. " " Friedrichstr. 100.
Naucke, vormals Schubert & Sohn
 (wegen Maßregelung), Michael-
 kirchstraße 6.
 1. Geschäft: Dresdenerstr. 72/73,
 2. " " Charlottenburg.
Kellyflug, Elffersstraße 8, Baden.
Häbsch, Preussenerstraße 3.
Ratko, Alt-Moabit Nr. 180.
Carl Brunzlow (Inhaber August Deter)
 (wegen Maßregelung), König-
 straße 28.
Die Ueberwachungs-Kommission
 der Tabakarbeiter Berlins.
 264

Unserm Freund und Genossen

Robert Thieme
 zu seinem heutigen Wiegenfeste ein
 dreimal donnerndes und krachendes
 Hoch, das es von der Potsdamer- bis
 zur Reithofstraße roocht!
 J. W. K.
 Herrn **H. Jeschke** nebst **Frau**
 zum heutigen Wiegenfeste die herzlich-
 sten Glückwünsche und ein dreifach
 donnerndes Hoch, das die Märzweihen
 plagen!
 [330] **Die Alten.**

Unserm Freunde und Genossen **F. Bieder**
 ein donnerndes Hoch zu seinem
 heutigen Wiegenfeste!
 Die Genossen des 4. R.-B.:
 G. L. S. U. B. G. P. R. S.

Unserm Freunde und Genossen **Hermann Schultz**
 zu seinem gestrigen
 Wiegenfeste ein dreifaches Hoch!
 [329] Die Nothen von Süd-Ost:
 G. L. S. U. B. G. P. R. S.

Unserm Zeitungspediteur **H. Rieck**
 zum heutigen 30. Geburtstag ein drei-
 faches Hoch, das die ganze Mariannen-
 straße wackelt:
 [335] Die Wilden aus Nord, Süd, Ost u. West.

Verein der Bauanschläger Berlins.

Donnerstag, den 8. Mai, starb
 plötzlich unser Kollege
Herr G. Baudach.
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 13. Mai, Nach-
 mittags 6 Uhr, von der Leichen-
 halle des Elisabeth-Kirchhofes
 (Prinzen-Allee) aus statt. Um
 rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Zimmerleute Berlins.

Nach langen Beiden entschlief Kamerad
Joh. Klabunde.
 Die Beerdigung findet Dienstag, den
 13. Mai, Nachmittags 3 Uhr, von der
 Sorauerstraße 2 aus statt. Kameraden,
 die gewillt sind, ihm die letzte Ehre zu
 erweisen, werden gebeten, sich zu mel-
 den bei
Wittwe Klabunde,
 Sorauerstraße 2.
 818]

Grabdenkmäler in Marmor, Syenit und Granit

fertigt zu den solidesten Preisen
 111 **A. Zabel,**
 Schönhauser Allee 163.
 Empfehle mein Geschäft in frischen
 Blumen und Kränzen. 1212
Robert Meyer,
 Nr. 2 Mariannenstraße Nr. 2.

Den Genossen empfehle bei Be- darf mein

Herren- u. Knaben- 846
Garderoben-Geschäft.
Wilh. Pahr, Nr. 8 am Pappelpl.
 Ellisabethkirchstr.

Jede Uhr zu repariren (außer Grudh) kostet bei mir

1,50 Mark
 unter Garantie des Gut- und Richtig-
 gehens. Kl. Reparaturen entsp. billig.
 Lager aller Arten Uhren, Gold- und
 Silberwaaren. 674
C. Wunsch, n. d. Oranienplatz.

Freunden und Bekannten, sowie meiner werthen Nachbarschaft empfehle bei Bedarf meine

Cigarren-Geschäfte.
 Eig. Fabrikate. Verk. z. Engros-Preisen.
**E. Storde, Köpenickerstraße 24,
 Universitätsstraße 3 B.**

Teppiche mit Webefeldern

jed. Art u. Größe, Portieren, Gardinen,
 Tischdecken, Läuferstoffe, Steppdecken
 unterm Kostenpreis. Einzel-Verkauf
 Teppichweberei **Zimmerstr. 86,
 Hof part.** 853

Lassalle, Marx, Bebel, Liebknecht, Singer-Röpfe, als Sig., Spitze, echt Meersch., à 1,50 M. und besser. Wieder- verläufer Prozente. 1205

B. Günzel, Brunnenstr. 157.

Roh-Tabak sämtlicher Sorten.

Große Auswahl, billige Preise.
G. Elkhuyson, Münzstr. 10.
 667

Allen Genossen empfehle mein

Schuhwaaren-Geschäft
 Skaltzerstraße 125.
A. Heinemann.
 18

Für Restaurateure!

Kleines Orchestron mit Auto-
 mat verkauft Restaurant Prinzenstr.
 15 für 400 Mark. [319]
 Die Beleidigung gegen den Arbeiter
Paul Deich nehme ich zurück und
 erkläre ihn für einen Ehrenmann.
 382 **R. Mayer.**

Fachverein der Tischler.

Sonnabend, den 17. Mai,
 im „Konzerthaus Sanssouci“, Kottbuserstraße Nr. 4a
Tanz-Kränzchen.
 Billets hierzu sind bei folgenden Herren zu haben: Festschreiber-
 straße 43a; Willarg, Lehrterstr. 22 II; Apelt, Sebastianstr. 27/28; Menke, Wiener-
 straße 37 II; Schmidt, Fürbringerstr. 25, Hof I, bei Biebelholz; Schade,
 Müdersdorferstr. 64; Glöck, Kaufmännstr. 52 III; Wiedemann, Wendenstr. 2 IV;
 Dahlgren, Adalbertstr. 96, Quergeb. IV, bei Bomba; Haberland, Reichenberger-
 straße 161 II; Miele, Adalbertstr. 9 IV; Monien, Kreuzbergstr. 9, Quergeb. III.
 Ferner sind auf allen Zahlstellen des Vereins Billets zu haben.
 Um zahlreichen Besuch ersucht
Der Vorstand.
 389

Grosse öffentliche Versammlung sämtlicher Graveure und Ziselleure Berlins und Umgegend

am Dienstag, den 13. Mai, Abends 8 1/2 Uhr,
 bei Feuerstein, Alte Jakobstrasse No. 75 (oberer Saal).
 Tagesordnung:
 1. Wie verhalten wir uns den am 1. Mai gemäßigten Kollegen
 gegenüber? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 327
 Zur Deckung der Unkosten findet Zellersammlung statt. Es ist Pflicht
 eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Freie Vereinigung der Kaufleute.

Donnerstag (Himmelfahrtstag), den 15. Mai:
Herren-Partie nach Erkner, Kalkberge Müdersdorf u.
 Abfahrt Bahnhof Alexanderplatz Morgens 6 Uhr 5 Min. präzise.
 Nachzügler fahren Mittags 1 Uhr 10 Min. vom Bahnhof Alexanderplatz nach
 Erkner. Treffpunkt: **Waltersdorfer Schleuse.**
Der Vorstand.
 328

Fachverein der Tischler

für den Westen und Halleschen Thor-Bezirk.
 Mittwoch, den 14. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, in **Habel's Brauerei,**
 Bergmannstraße Nr. 5-7:
Grosse Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn **Gerisch** über: „Nationalreich-
 thum und Nationalarmuth“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und
 Verschiedenes. Aufnahme neuer Mitglieder. — Jeder Tischler hat Zutritt.
 Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Bevollmächtigte.
 318

Achtung! Berliner Arbeiter - Bildungs - Verein!

Die in der „Berliner Volks-Tribüne“ angekündigte Versammlung zum
 14. d. M. findet nicht bei **Lehmans, Schwedterstraße 28**, sondern in der
Aktien-Brauerei Friedrichshain (früher Lips), Abends 8 1/2 Uhr,
 statt. Referent ist Reichstagsabgeordneter **Brunns** aus Bremen. Alle Ge-
 nossen sind hierzu eingeladen. Aufnahme neuer Mitglieder.
 J. A.: **Ernst Fischer.**
 309

Steinmetzen!

Die **Herren-Fuss-Partie** findet am Donnerstag (Himmelfahrt)
 nach **Pichelsberge** statt. Abmarsch 7 Uhr Morgens vom Brandenburger
 Thor. Die **Schöneberger** und **Wilmersdorfer** Kollegen schließen sich 8 Uhr
 Morgens in Westend an. Hierzu ladet ein
Albert Hempel.
 811

Große öffentliche Versammlung für sämtliche Zimmerer Berlins und Umgegend

am Mittwoch, den 14. Mai, Abends 8 1/2 Uhr,
 in **Mai's Festsaal** (früher **Geudrich**), Beuthstraße 20-22.
 Tagesordnung:
 1. Abrechnung der Bewegung von 1889. 2. Der Hamburger Streik und
 wie verhalten sich die Berliner Zimmerer dazu? Referent: **Dinar** - Hamburg. [314]
 3. Wie schützen wir die Maßdeputierten?
 Zur Deckung der Unkosten findet eine Zellersammlung statt.
 J. A.: **Der Gesellenausschuss.** H. Paster, Dallborferstr. 4.

Berein der gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.

General-Versammlung
 am Dienstag, den 13. Mai 1890, Abends 8 1/2 Uhr, in **Renz's
 Salon, Naunynstr. 27.**
 Tagesordnung: 1. Kassendbericht. 2. Situationsbericht. 3. Neuwahl des
 gesammten Vorstandes. 4. Verschiedenes und Fragelasten. — Es ist Ehren-
 pflicht eines jeden Mitgliedes, in dieser Versammlung zu erscheinen.
 318 **Der Vorstand.**

Große öffentliche Versammlung der Kupferschmiede

Berlins und Umgegend
 am Dienstag, den 13. Mai, Abends 6 Uhr, **Landsbergerstraße 37.**
 Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
Das Streikkomitee.
 316

Große Versammlung aller Kartonarbeiterinnen u. Arbeiter

am Dienstag, den 13. Mai, Abends präzise 8 Uhr, im gr. Saale der
Brauerei Friedrichshain (früher **Lips**) am **Friedrichshain.**
 Tages-Ordnung:
 1. Der Streik (Achtstundsbewegung) der Kartonarbeiterinnen. Refe-
 rentin Frau **Marie Greifenberg.** 2. Diskussion. 3. Die Maßregelungen
 von Seiten der Kartonsfabrikanten. 4. Verschiedenes. — Zu dieser Versamm-
 lung sind alle Arbeiterinnen und Arbeiter aller Berufe eingeladen.
Der Einberufer.
 247 NB.: Die Versammlung ist genehmigt.

Achtung! Kein Laden.

Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren
 1 Mark. Garantie rein amerikanischer
 Tabak. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg.
 234 **G. F. Dinlage,**
 Kottbuserstraße 4, Hof part.
 Schiffstr. 1. M. Nickerl, Swinemünderstr. 47 IV
 Schlafstr. f. Orn., sep. Eing., z. v. m.
 Admiralsstr. 29, Quergeb. IV, b. Anelung.

Achtung!

Den Mitgliedern der
Central-Krankenkasse
 der **Maurer, Steinbauer u.**
 „Grundstein zur Einigkeit“
 zur Nachricht, daß die Versammlung
 nicht am Mittwoch, den 14. Mai, son-
 dern am **Freitag, den 16. Mai,**
 Abends 8 Uhr, **Beuthstr. 28**
 stattfindet.
Die örtliche Verwaltung.
 Weise.

Achtung, Tischler!

Folgende Werkstellen sind wegen
 Maßregelung von Kollegen bis auf
 weiteres zu meiden:
Kapler (Altiengemeinschaft), Prinzen-
 Allee 75/76.
Neumeier (Werkstatt für Klavier),
 Brikerstraße 7.
Der Vorstand
des Fachvereins der Tischler.

Verband der deutschen Gold- und Silberarbeiter

und verw. Berufsg. (Zahlst. Berlin)
 Mittwoch, den 14. Mai, Abends
 8 1/2 Uhr, bei **Feuerstein,**
 Jakobstraße 75:
Mitgliederversammlung.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag des
 Stadtverordneten Herrn **Bogtberg**.
 „Nach dem 1. Mai.“ 2. Diskussion.
 3. Verschiedenes. — Zeitungen und
 Wochenbeiträge, ebenso die Aufnahme
 neuer Mitglieder in der Versammlung
 beim Kassierer. Gäste willkommen. Um
 recht zahlreiches und pünktliches Er-
 scheinen ersucht **Der Vorstand.**

Achtung, Tischler!

Die Kollegen der Werkstelle **Müller,**
Prinzessinnenstraße 24, sind
 mit dem Meister wegen der Arbeits-
 in Differenzen gerathen.

Der Streik in der Snopffabrik von C. H. Röhl

ist beendet. Wir ersuchen die noch
 ausstehenden Listen an **Fr. Hellwig,**
 Waldemarstraße 41, Hof 4 Treppen,
 einzusenden.
Die Kommission.

Aufforderung.

Alle, die noch im Besitze von Sammler-
 listen für die streikenden Möbelpolier-
 sind, werden aufgefordert, da der Streik
 siegreich beendet ist, dieselben im Streik-
 bureau, Blumenstraße 38 bei **Dech**
 Abends von 7 bis 10 Uhr abzuliefern.
Die Streikkommission.
 Wilhelm Lindner, Oberdörferstr. 14.

Klagen, Reklamationen, Gesuche u. werden im Restaurant Zions- kirchstr. 42 angef. Volksbl. I. und

Kinderwagen u. Feldbettl., fast neu,
 bl. z. v. Liegnitzerstr. 2, H. I. Dabentz.

Arbeitsmarkt.

Tücht. **Metallschleifer** auf Schraub-
 Instrum. **Loewenstein, Sophienstr. 8.**
 Ein **Cigarrenmacher** oder eine
Cigarrenmacherin (Hausarb.) wird
 sof. gef. **Zabel, Potsdamerstr. 60, H. I.**

Blüsch-Weber,

durchaus tüchtige Arbeiter, für **Wint-**
markt gesucht. Dauernde, gute Arbeit,
 gute Löhne. Nähere Auskunft zwischen
 11 und 1 Uhr Vormittags und zwischen
 8 und 5 Uhr Nachmittags bei
Moritz Salomon,
 325 Kurfr. 18/19.

Ein Sohn anständiger Eltern, der Lust hat, Töpfer zu werden, sucht einen Meister. Gef. Adr. an Tröschke, Berg- mannstraße 17, 4 Tr.

Tüchtige Drechsler auf Galanterie u. dauernd G. Hoffmann, Jüterbog.

Steinmetzen (Hausarb.)

W. dell'Amior Nachf., Lutherstr. 20.

Das Arbeitsnachweisbureau des Verbandes der Vergolder, Goldleistenarbeiter und Beschäftig- ten (Filiäre Berlin) befindet sich Schillingstraße 30a und Anst.- die Arbeitsausgabe für Mitglieder und Nichtmitglieder unentgeltlich und zwar von jetzt ab den ganzen Tag bis 9 Uhr Abends. Die Mitglieds- schaft ist verpflichtend, nur den Arbeitsnach- weis zu benutzen.

Kartonarbeiterinnen und Arbeiter

wird Arbeit nachgewiesen
 durch die Kommission, Andra-
 straße 26 bei **Solmann.**

1. Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 109.

Dienstag, den 13. Mai 1890.

7. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 12. Mai, 1/4 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Caprivi, v. Bütticher, v. Lucius, v. Dehlschlager, v. Marschall u. A.

Nachdem der Gesetzentwurf, betr. die Ausdehnung des § 14 der Behrenordnung für Jengen und Sachverständige auf Personen des Soldatenstandes in dritter Beratung entgültig genehmigt ist, tritt das Haus in die erste Beratung eines Nachtragsetats für 1890/91 ein. Es werden in demselben verlangt als einmalige Ausgaben 4 500 000 M. für Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutze der deutschen Interessen in Ostafrika und 40 000 M. zur Wiederinstandsetzung der Dienstwohnungen des Reichskanzlers und des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt; ferner 350 000 M. als fortdauernde Ausgabe für die Postdampferverbindung mit Ostafrika.

Staatssekretär v. Marschall: Meine Herren, als in der vorigen Reichstagsession weitere Mittel bewilligt wurden zur Unterdrückung des Sklavenhandels in Ostafrika und für den Schutz deutscher Interessen, war es aus einer Reihe von Gründen nicht möglich, bereits im Voraus darüber bestimmte Mittheilungen zu machen, welche Summen voraussichtlich in der nunmehr laufenden Etatsperiode erforderlich sein würden. Es war notwendig, zunächst die Vorschläge des Herrn Reichskommissars zu prüfen. Diese Prüfung ist vorgenommen worden an Ort und Stelle vom militärischen und rechtlichen Gesichtspunkte aus durch den Herrn Major Liebert und durch einen Rechnungsbeamten meines Ressorts. Das Ergebnis dieser sorgfältigen Prüfung liegt Ihnen in dem gegenwärtigen Nachtragsetat vor. Wenn ich mir das Wort erbitte, diese Vorlage mit einigen Worten zu begründen, so möchte ich zurückgehen auf den Gedanken, der für die verbündeten Regierungen und den Reichstag leitend gewesen ist, als sie sich verständigten über das Gesetz vom Februar vorigen Jahres, denn dieses bildet die Grundlage auch dieses Nachtragsetats. Was wir damals erstrebten, war einmal: Wir wollten Vergeltung über die Unbill, die deutschen Interessen, deutschen Angehörigen in Ostafrika widerfahren war; wir wollten ferner — und das war der Hauptgesichtspunkt — durch die Unterdrückung des schandwürdigen Sklavenraubes und Sklavenhandels Raum schaffen für eine gezielte Entsendung der deutschen Interessen in jenen Gegenden. Wir mußten es als eine gebieterische Pflicht erachten, von dem Augenblicke an, wo wir Fuß in jenen Gegenden gefast hatten, mit allen Kräften einzutreten, um die eingeborene Bevölkerung zu befreien von dem Fluche, der seit Jahrhunderten auf ihnen lastete. Stimmen doch alle Kenner des dunklen Erdtheils darin überein, daß diese Befreiung die erste und grundlegendste Voraussetzung ist, um jenes Land dem Christenthum, der Zivilisation, dem materiellen Wohlstand zu erschließen. (Bravo!) Wir haben dieses Ziel stets unverrückt im Auge behalten, und ich darf versichern, das wird auch in Zukunft geschehen. Was bisher in Ostafrika, dank Ihrer Bewilligungen erreicht ist, das entnehmen Sie aus den Mittheilungen, die Ihnen in fortlaufender Folge in den Weißbüchern unterbreitet worden sind. Es wird außerdem Herr Major Liebert, der soeben von Ostafrika zurückgekehrt ist, in der Lage sein, Ihnen nähere Mittheilungen zu machen. Ich beschränke mich also darauf, in einzelnen großen Zügen die gegenwärtige Situation zu schildern. Es sind zwei Ereignisse, die im nördlichen Theile von Ostafrika von großer Bedeutung gewesen sind; einmal die Übernahme Buchari's; er hat für seine Thaten am 1. Dezember vorigen Jahres den verdienten Lohn empfangen. Ihm war das Räuber- und Wänderwesen erloschen, das er in Pangan bis zum südlichen Theile von Usaramo eine Zeit lang mit Erfolg organisiert und geführt hat. Das zweite Ereignis ist die Unterwerfung Buanaheris, der seine Landschaft Uegua mit Energie verteidigte. Ich möchte gerade auf dieses Ereignis ein besonderes Gewicht legen, weil uns hier recht deutlich das Moment entgegentritt, wie die Eingeborenen Märkte Deutschlands geworden sind. Buanaheri war wiederholt geschlagen; seine Unterwerfung wurde dadurch herbeigeführt, daß die uns befreundeten Häuptlinge ihn umstellten und ihn aushungerten, indem sie ihm keinen Proviant mehr zulassen ließen. Die gegenwärtige Situation darf ich, ohne dem Verdacht einer allzu optimistischen Auffassung zu unterliegen, nach allen Berichten dahin charakterisiren: der Norden jener Gegend und zwar Kudji bis zum Uegua ist vollständig pacifizirt; der Sklavenhandel ist in jener Gegend und zwar nicht nur an der Küste, sondern weithin in das Innere unterdrückt. (Bravo! rechts.) Und dementsprechend beginnen Handel und Gewerbe sich wieder zu heben. In welcher Weise dies geschieht, mögen Sie aus folgenden Zahlen ersehen: In der Zeit vom 18. August 1888 bis Ende Februar 1889 war infolge des Aufstandes der Werth der Einfuhr an der nördlichen Küste zurückgegangen bis auf 989 000 M.; er ist ein Jahr darauf in demselben Zeitraum vom 18. August 1889 bis 1880 gewachsen auf 2 994 000 M., also nahezu auf 3 Millionen. (Bravo! rechts.) In ähnlichem Verhältnisse ist auch die Ausfuhr in die Höhe geschritten. (Zuruf links.) Ich habe nicht verstanden, was die Herren wollen. (Zuruf links.) Gut, es kostet 4 Millionen. (Große Heiterkeit.) — Ich glaube diejenigen Herren im Ausschusse waren, welche nicht müde wurden, in diesem Hause zu erklären, daß das Land überhaupt nicht der Entwicklung fähig sei. (Sehr richtig! rechts.) Ich meine, in so kritischen Zeiten eine Einfuhr an einem Theile der Küste von 3 Millionen und eine Ausfuhr von etwa 2 1/2 Millionen, das zeigt, mit wie wenig Recht die Herren in so geringschätziger Weise über dieses Land geurtheilt haben. (Sehr gut! rechts.) Der beste Beweis für die Fortschritte, die wir an der Nordküste gemacht haben, beruht darin, daß der Herr Reichskommissar mit einem überwiegenden Theile seiner Truppe nunmehr die Pazifizierung der südlichen Küste in Angriff nehmen konnte. Schon ist dort der entscheidende Schlag gefallen durch die Einnahme von Kilwa. Kilwa ist das Hauptquartier des Sklavenhandels seit langer Zeit gewesen, und ich darf darauf hinweisen, daß die „Times“, das englische Weltblatt, das sonst nicht in dem Verdacht steht, für deutsche Kolonialunternehmungen allzu große Sympathie zu bezeugen, doch diese Einnahme von Kilwa bezeichnet als ein „Benefit for civilisation“, eine Wohlthat für die Zivilisation. Die Thatfache, daß bereits eine Reihe von Stationen des Südens unterworfen angeboten haben, die Demoralisation der Araber, was sich bei der Einnahme von Kilwa gezeigt hat, läßt uns hoffen, daß auch dieser Theil der Aufgabe in der aller nächsten Zeit zu einem erfolgreichen Abschlusse gebracht werden wird. Es kann, meine Herren, meine Aufgabe nicht sein, auf das Zahlenmäßig, welches der Vorlage zu Grunde liegt, hier näher einzugehen; es wird sich dazu Gelegenheit in der Kommission bieten. Es werden Ihnen die einzelnen Zahlen mitgeteilt werden, aus denen sich die Gesamtsumme zusammensetzt. Nur eine Position möchte ich heranziehen: es sind das 200 000 M. für Expeditionen im Innern; es knüpft diese Position an die überaus reichen Erfahrungen, die wir mit dem Vorstoß des Herrn

Reichskommissars nach dem 300 Kilometer von der Küste entfernten Mporowa gemacht haben. Das Auswärtige Amt glaubte, als der Herr Reichskommissar mit dem Vorschlage hier auftrat, Mittel zu bewilligen zu einer weiteren Expedition in das Innere, um so weniger Anstand nehmen zu sollen, dieselben zu bewilligen, als wir hierzu in der Person unseres Landsmannes Emin Pascha eine ausgezeichnete Kraft gewonnen haben, und ich darf rühmend hervorheben, daß dieser Mann, der glänzende Beweise seiner Beharrlichkeit, seiner Tüchtigkeit gegeben hat, keinen Augenblick gezögert hat, obgleich ihm von anderer Seite viel glänzendere Anerbietungen gemacht worden sind, seine Erfahrungen, seine Autorität in afrikanischen Dingen, seine Sachkenntnis aus freien Stücken in den Dienst seines Vaterlandes zu stellen. (Beifalles Bravo.) Diese Expedition, die Emin Pascha zu führen hatte, ist Gegenstand einer Reihe von Legenden geworden; man hat der deutschen Reichsregierung alle möglichen abenteuerlichen Pläne imputirt. Ich glaube, der Gedanke, als ob wir irgend die Absicht hätten, in dem Augenblicke, wo noch die Eroberung des Südens bevorstand, einen großen kostspieligen Kriegszug auszuführen nach solchen Ländern, von denen wir der englischen Regierung schon wiederholt amtlich erklärt haben, daß sie außerhalb unserer Interessensphären liegen, dieser Gedanke entspringt zu offenbar einer etwas erhöhten kolonialen Phantasie, als daß ich nöthig hätte, darauf näher einzugehen. Zur Verhütung aber möchte ich erklären: Diese Aufgabe Emin Paschas ist keine Andere, als im Innern der uns umstrittenen zugehörigen Interessensphäre freundliche Beziehungen mit den Eingeborenen anzuknüpfen, vor allen Dingen auch die Interessen der dort angefahrenen Missionäre zu schützen — zu diesem Zwecke begleitet ihn der bekannte Vater Schunze — (Bravo! im Centrum), allerdings auch die Frage in Erwägung zu ziehen, ob und inwieweit und mit welchen Kosten etwa dort Stationen errichtet werden können zur dauernden Sicherung der Karawanenstraßen und zur nachhaltigen Unterdrückung des Sklavenhandels. (Bravo!) Wir bewegen uns hierbei auf der Linie, die uns die Beratungen des Brüsseler Kongresses vorgezeichnet. Denn dort sind alle Sachkenner zu der übereinstimmenden Meinung gelangt, daß eine nachhaltige Unterdrückung des Sklavenhandels nicht möglich ist, wenn nicht im Innern Stationen angelegt werden und das Uebel an der Wurzel angefaßt wird. Inwieweit wir das können, inwieweit das möglich ist, finanziell das zu leisten, das wird Gegenstand weiterer Vereinbarung mit dem Reichstag sein. Nun gestatten Sie mir zum Schluß noch einige kurze Bemerkungen über unser Verhältnis zu England. Ich möchte die Bitte aussprechen, daß bei der Diskussion auf die schwebenden Verhandlungen mit England eine gewisse Rücksicht genommen wird. Ich überlasse es Ihrem taktvollen Ermessen, eine Erörterung derjenigen Fragen zu vermeiden, wegen deren wir in Verhandlung mit England sind. Wir sind nach wie vor entschlossen, in unserer Kolonialpolitik und speziell in Ostafrika Hand in Hand mit England zu gehen, und ich darf mit Verneinung konstatiren, daß diese freundliche Gesinnung von Seiten der englischen Regierung, deren loyalste Weise erwidert wird. (Bravo!) Die freundlichen, ich darf sagen freundschaftlichen Beziehungen zu England, deren Pflege eine wichtige Aufgabe Sr. Majestät ist (Bravo!), schließen ja nicht aus, daß aus unserer Nachbarschaft gewisse Differenzpunkte entstehen. Ich finde es menschlich begreiflich, daß diese Differenzpunkte von den näher Beteiligten in Klagen und Vorwürfen, auch in Uebertreibungen mit mehr Eifer in der Öffentlichkeit zur Geltung gebracht werden, als dies vielleicht für eine ruhige, sachliche Erledigung dienlich ist. Allein diese öffentlichen Diskussionen geben kein Bild von dem Verhältnisse von Regierung zu Regierung. Wie die früheren Verhandlungen, so werden die jetzigen geführt in dem Geiste des beiderseitigen Entgegenkommens und in der Erkenntnis, daß es für beide Theile gleich nützlich ist bezüglich der ungelösten Fragen, soweit möglich, zu einer abschließenden Verständigung zu gelangen. Was speziell die Abgrenzung unserer Interessensphäre betrifft, bezüglich deren neue Abmachungen nöthig sind, da das frühere Abkommen durch die Entwicklung der Dinge überholt worden ist, so kann es nicht die Aufgabe sein, möglichst viel Terrain auf der Karte anzufressen; vielmehr wird das erstere Augenmerk darauf zu richten sein, daß das, was zusammengehört nach seiner geographischen Gestaltung, nach den Verkehrsbeziehungen, zusammenbleibt, und daß jedes der beiderseitigen Gebiete ohne die Gefahr fortwährender Reibungen selbstständig zu einer gezielten Entwicklung geführt werden kann. Wir sind beiderseitig bereit, die kleineren Interessen, die uns trennen könnten, in den Hintergrund zu stellen und stets vor Augen zu behalten, daß bei allen Sonderinteressen, die wir zu vertreten haben, doch auch eine gemeinsame Aufgabe uns gestellt ist und wir namentlich auf dem Gebiete der Unterdrückung des Sklavenhandels und der Verbreitung des Christenthums zu gemeinsamer Arbeit, nicht zum Streite berufen sind. (Beifalles Bravo.) Ich schließe meine Bemerkungen mit der Bitte, Sie möchten den Ihnen vorgelegten Nachtragsetat einer sorgfältigen und wohlwollenden Prüfung unterziehen und nicht wandeln werden in dem Entschlusse, das Werk zu vollenden, was wir begonnen haben, und das zu erhalten, was wir errungen haben mit Opfern nicht nur an Gut, sondern auch an deutschem Blute. (Bravo!) Ich bitte Sie, in diesem Sinne an die Beratung der Vorlage heranzutreten und das Vertrauen zu den verbündeten Regierungen zu haben, daß sie, wenn es sich um definitive Gestaltung der Dinge handelt, stets bereit sind, eine Ordnung der Dinge anzustreben, die dahin geht, daß die gebrachten Opfer, wie sie von der Allgemeinheit getragen worden sind, so auch dem allgemeinen nationalen Interesse zu Gute kommen müssen. (Beifalles Bravo!)

Abg. Dr. Hammerger: Dem Herrn Staatssekretär kann ich nicht das Recht bestreiten, sich auf den Boden zu stellen, als sei die Fortsetzung der seit zwei Jahren in Ostafrika begonnenen Kolonialpolitik eine selbstverständliche Sache; denn die Mehrheit des Reichstages hat mehrfache Bewilligungen in diesem Sinne ausgesprochen. Inmerhin war aber im Reichstage eine namhafte Anzahl von Mitgliedern, namentlich die größte Mehrheit meiner Fraktion der Ansicht, daß unsere Kolonialpolitik, besonders die in Ostafrika, ein Irrthum sei. Angesichts der jetzigen Lage müssen wir auf diesen Standpunkt mit Nachdruck hinweisen. Wir können nicht zugeben, daß wir durch das, was bis jetzt geschehen ist, unwiderruflich gebunden seien, alle die Schritte weiter zu thun, die uns zu einem ungelösten Vordringen in das Innere von Ostafrika und zu einer Kolonialpolitik führen, die mit den Interessen Deutschlands nicht entfernt im Einklange steht. Wir sind in unserer Fraktion durchaus nicht abgefaßte Gegner einer jeden Kolonialpolitik, aber Gegner derjenigen, wie sie sich im Deutschen Reich entwickelt hat und namentlich sich jetzt in Ostafrika vollzieht. Zu dem Anfange der achtziger Jahre dachte weder die öffentliche Meinung, noch die breiten Massen des Volkes daran, daß Deutschland seine Nachbarn jenseits des Meeres ausdehnen müsse. Als dann die Kolonialfrage rasch an uns herantrat, genos sie eine gewisse Gunst, so lange sie mit der Auswanderungsfrage in Verbindung gebracht wurde, da der Wunsch allgemein war, es möchten die Millionen deutscher Auswanderer dem Vaterlande erhalten werden

und in intimster Beziehung mit ihm bleiben. Man hat mit dem Maße immer entgegengehalten, daß es sich nicht um ein rechnungsmäßiges Prüfen der Vortheile handeln könnte, sondern daß patriotische Betrachtungen den Ausschlag geben müßten, daß es sich mit einem Worte darum handele, das Vaterland muß größer sein. Aber in Ostafrika kann von einer solchen Ausdehnung nicht die Rede sein. (Zuruf rechts.) Ist Herr v. Kardorff unter Ihnen? (Abg. von Kardorff: Ja! Heiterkeit.) Hier handelt es sich um Pflanzkolonien, und da bin ich berechtigt, zu untersuchen, ob diese Unternehmungen einen wirtschaftlich verwendbaren Werth für uns haben oder nicht; da darf man mir nicht vorwerfen, ich wäge mit krämerhaftem Sinn eine Maßregel, welche mit der Größe der Nation zusammenhängt. Ich will sofort den früher gemachten Einwand begegnen, den besonders der frühere Chef der Reichsregierung in seiner scharf pointirten Weise in den Auspruch zusammengefaßt hat, man möge doch nicht verlangen, daß diese kolonialen Unternehmungen schon am nächsten Donnerstag einen Ertrag bringen. Nein, so thöricht ist Niemand, sich bei diesen Dingen auf ein sofortiges Resultat gefast zu machen, aber bei allen solchen Unternehmungen ist abzuwägen, wie sich die künftigen Vortheile zu den erforderlichen Opfern stellen. Hier sehen wir ein ungeheures Mißverhältnis zwischen dem, was jetzt von den deutschen Steuerzahlern verlangt ist und noch verlangt wird, und dem, was dafür einige Plantagenunternehmer oder eine Kolonialgesellschaft an Vortheil erzielen könnte. Die Vortheile sind ungewiß und in absehbarer Zeit nicht als bedeutende zu erwarten, und die Last ist eine sehr schwere. Mit Deutschen können Sie die Kolonien nicht betreiben, Sie müssen mit deutschem Gelde Negern, Kulis, Chinesen beschäftigen, und das ist nicht nur sehr schwierig, sondern auch sehr theuer. Was etliche Gesellschaften dabei heraus schlagen können, kann mit den Opfern, die Deutschland an Menschen, Arbeit und Zeit bringt, nicht in geringsten verglichen werden. Die Kolonialpolitik sieht auch durchaus nicht im Verhältnisse zu dem Gefühl der Unsicherheit, das wir in Deutschland haben können, wenn wir jetzt unsere Vertheidigungslinie weit hinaus in entfernte Gegenden verlegen. Die Gefahr mag ja nicht nahe liegen, daß Deutschland zur See in seinen entferntesten Besitzungen angegriffen wird, aber Niemand wird bestreiten: Mehr tritt die Gefahr, daß wir angegriffen werden, für den Fall eines ausbrechenden Krieges in den Vordergrund. Auch die Empfindlichkeit Deutschlands wird dadurch vergrößert, daß wir verwundbare Punkte ansammeln, an denen von heute auf morgen eine völkerrechtliche Verwicklung entstehen dürfte, die ja nach dem Temperamente der Völker und der Regierenden die verhängnisvollsten Folgen haben kann. In den vier oder 5 Jahren, seitdem wir die Kolonialpolitik begonnen haben, sind wir dreimal schon in Konflikt gekommen, mit der französischen Regierung in Ostafrika, dann in der berühmten Karolinengeschichte und schließlich in Samoa. Ein Mann wie Fürst Bismarck konnte sich damals vielleicht leichter als ein noch so vortrefflicher und ausgezeichneter Nachfolger herausheben. Wer ein solches Kapital von europäischer politischer, diplomatischer Autorität für sich hat, sich so oft durchgeschlagen hat, kann sich auch mal ein bißchen an Ohr aufpassen lassen. Ich habe das vollste Vertrauen zu dem Nachfolger des Fürsten Bismarck, aber es können noch viele Nachfolger kommen und sie werden kommen, und was dann bei Konflikten geschehen kann, ist unberechenbar. Wenn jedes Jahr unendliche Mehrforderungen für unsere Vertheidigungskraft gestellt werden, so scheint mir jede Verneinung der Gefahr unverantwortlich, wenn nicht enorme Vortheile gegenüberstehen. Morgen und übermorgen werden die verschiedenen Parteien, die einen vielleicht in der Rolle, die anderen in der Dur-Louart, sagen: so kann es mit den Militärforderungen nicht weiter gehen. Und jetzt sollen wir noch für die höchst zweifelhafteste Kolonialpolitik Opfer bringen und die Möglichkeit von Konflikten auf dem Boden der europäischen und außereuropäischen Politik vermehren! Daher waren wir von Anfang an gegen die Kolonialpolitik und sind heute gegen die Ausdehnung derselben. Der Staatssekretär hat allerdings, wie wir gewohnt sind, den Ausdruck aus der Sklavereifrage gelegt. Allerdings muß diese mit in Betracht gezogen werden, sie hat eine Rolle mitgespielt, als wir den Feldzug in Ostafrika unternahmen, aber die Hauptsache ist sie nicht. Der Staatssekretär sprach von den Abmachungen mit England und von der Anlegung von Stationen für die Karawanen, aber zwischen den Zeilen konnte man lesen, daß es sich darum handelt, ein Kolonialdirektorium in Ostafrika zu begründen. Die Bekämpfung des Sklavenhandels giebt dabei eine ganz verdienstliche Dekoration ab, ist aber nicht die Hauptsache. (Sehr wahr! links.) Wohin hat man uns geführt? Als im Jahre 1884 zum ersten Mal von diesen Dingen die Rede war, hieß es nur, man wolle die Deutschen, die auf eigene Kosten Kolonialpolitik betreiben, nicht unbeschützt lassen, und es wurde das englische System der colonial charters von dem Reichskanzler als Grundlage vorgeführt und dagegen protestirt, daß an etwas anderes zu denken sei. Die erste Denkschrift über die deutschen Schutzgebiete von 1885/86 gab dieser Anschauung mit deutlichen Worten Ausdruck. Damals war man in der Kolonialpolitik leusch und enthaltam, und von Feldzügen, von Truppen, von Kasernen und all dergleichen war nicht im entferntesten die Rede, und wer sich vermaßen hätte, so etwas voranzusetzen, würde sicher ein Unglücksprophet genannt worden sein. Noch in der Begründung der Vorlage zur Unterdrückung der Sklaverei vom Jahre 1889 hieß es, die Intervention des Reichs könne in der Regel nur anderen auswärtigen Mächten gegenüber zur Geltung kommen; die Ueberwältigung des Widerstandes der Einwohner des zu kolonisirenden Landes sei aber Aufgabe der Unternehmer. Machen Sie uns kein X für ein U, schon stehen wir vor einem Feldzuge, den wir nicht absehen können. Das Deutsche Reich ist in die ostafrikanische Kolonialpolitik hineingezogen wie, entschuldigen Sie den Ausdruck, ein Spieler. Nachdem sich erst die westafrikanischen Kolonien die Gunst der Regierung erworben hatten, kam die Lust auch für Ostafrika, nachdem ein paar junge Leute, deren Unternehmungsgeist ich zwar bewundere, mit wenigen Mitteln und wenigen Vorbereitungen dort Tausende von Quadratmeilen Land erworben und mit allen Fürsten Verträge geschlossen hatten, unter denen Regentzweige standen; was weniger werth ist, als diese Regentzweige, weiß ich nicht. Ein Vorkämpfer hat dem Dr. Peters sogar sein ganzes Gebiet abgetreten mit allen den Rechten, die dem deutschen Staatshoheitsrecht gleich stehen. (Heiterkeit.) Dann sollte die ostafrikanische Gesellschaft von dem Land Besitz nehmen. Das war allerdings nicht so leicht, wie der Abschluß jener Verträge. Sie packten aber vom Sultan von Sansibar die Zölle, und dies Geschäft war von vornherein nicht gerade schlecht, wenn auch nicht die deutsche See- und Landmacht dazu bestimmt ist, solche Unternehmungen mit Kanonen zu vertheidigen. Dann kam der Konflikt mit den Eingeborenen. Das war vielleicht ein Unglück für Deutschland, aber ein Glück für die Gesellschaft. Ohne diese Streitigkeiten wäre das Deutsche Reich schwerlich zu dem Kampfe zu Gunsten der Gesellschaft und zu einem Eroberungszuge ins Innere veranlaßt worden. Es fehlte nun nur noch die Brücke, um im Gegensaß zu allen bisherigen Anschauungen dazu überzugehen zu können, mit bewaffneter

tion vollendet, wenn geordnete Zustände da hergestellt sein werden, gerade Ostafrika eine Stelle sein wird, die für das Privatkapital mehr Anziehungskraft haben wird, als der eine oder der andere Ort, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß das, was an Kolonialenthusiasmus in der Nation noch vorhanden ist, die Barrieren überwinden und auch zum künftigen Ausdruck bei dem kolonialen Unternehmen kommen wird.

Mit der nationalen Frage hing für Viele eine Art Nachfrage zusammen, und ich muß auch hier zugeben, diese Nachfrage, die in der Kolonialpolitik lag, ist mit einem großen Aufwande von Mangel an Sachverständnis (Hört, hört! links), ich will sagen: in der Menge behandelt worden. Denn man glaubte, wenn wir nun Kolonien hätten und kauften einen Atlas und da malten wir Afrika blau an, dann wären wir große Leute geworden. (Heiterkeit.) Ja, davon konnte keine Rede sein. Der Beginn einer Kolonialpolitik arbeitet in Bezug auf Nachverhältnisse zweifellos mit negativen Vorzeichen. Menschen und Geld werden an einer Stelle ausgegeben, wo sie fürs erste nicht rentieren. Wenn die Kolonialpolitik eine Politik des Glaubens und der Hoffnung ist, sowohl finanziell als in Bezug auf die ethischen Gesichtspunkte, so ist sie das auch in Bezug auf die Macht, und vielleicht sind die Anforderungen an den Glauben der Menschen hier die stärksten. Ich glaube, auch hier unverdächtig zu sein. Es können Zeiten in Deutschland kommen, wo jeder Mann im Gild und jede Frau in der Klasse uns willkommen sein wird, und ich kann dem Herrn Abg. Bamberger versichern, daß, was mich angeht, kein Mann mehr in Ostafrika eingezogen und keine Mark mehr ausgegeben werden wird, als eben um das zu erhalten, und in den Bahnen, die einmal vorgezeichnet sind, auszubilden, was jetzt da ist.

Ich würde mich nicht dazu entschließen, große Summen, jährliche Deutsche nach Ostafrika zu ziehen, nur etwa, um mir da den Luxus einer Truppe, einer gewissen Machtentfaltung zu gewähren.

Der Herr Abgeordnete hat auch den Krieg gestreift und gefragt: wenn es zum Kriege kommt, sind solche Kolonien eine wesentliche Sache. Ich will ihm das zugeben, daß es mir zweifelhaft ist, aber vielleicht glaubt er mir als altem Soldaten; es ist ein militärisch anerkannter Grundsatz, daß die Entscheidung auf dem Hauptkriegsschauplatz immer über die Nebenkriegsschauplätze mit entscheidet, und wenn es nun, was Gott verhüten wolle, zu einem Kriege in Europa käme, und wenn wir in Europa siegen, so hat es keine Noth, selbst wenn irgendwo die eine oder die andere Kolonie in üble Lage gerathen sein sollte. Der Friedensschluß giebt uns das reichlich wieder. (Sehr richtig.)

Kann man sein Auge nun etwas weiter in die Zukunft geben, so halte ich es doch nicht für unmöglich, daß die Entwicklung, die die Welt im Ganzen nimmt, auch Deutschland dazu nöthigen wird, mit transoceanischen Staaten in einen engeren Verkehr — hoffentlich immer zur friedlichen — zu treten als bisher. Das Wohlwollen eines kleinen europäischen Staates hat ein Ende, nur werden mit Mächten jenseits des Meeres rechnen müssen, die über ganz andere Schätze an Menschen und Geld verfügen wie wir, und, wenn man überhaupt nur zugiebt, daß Zeiten kommen werden, wo deutsche Macht und deutscher Geist sich stärker außerhalb Deutschlands dokumentiren müssen, als bisher, so folgt weiter, daß wir dann zur See eine gewisse Kraft zu entwickeln im Stande sein müssen. Die Jahre, in denen ich die Ehre gehabt habe, Chef der Admiralität zu sein, hat mir als das für die Marine zu erreichende Ziel immer vorgeschwebt, die Marine in eine Lage zu bringen, daß, wenn ein Mal eine solche Erweiterung unseres Wirkungsbereiches notwendig wäre, sie dazu befähigt wäre. Weht man nun das als eine Möglichkeit wenigstens zu, giebt man zu, daß wir in Zeiten kommen können, wo eine Thätigkeit der Marine in ausgedehnter Weise im Frieden und Krieg in außerdeutschen, außerheimischen Gewässern erfordert wird, so muß man sich unumgänglich die Frage vorlegen: Woher bekommt denn die Marine das, wovon sie lebt und ohne das sie weder Bewegung noch geschäftsfähig ist, die Kohlen? Wenn wir jetzt in einem Krieg mit einer fremden Macht verwickelt werden, so haben wir ja einige, aber schwierige Mittel, unsere Schiffe im Ausland mit Kohlen zu versorgen: Wir sind im Ganzen auf das Wohlwollen neutraler Staaten angewiesen, und wer einmal dazu nicht, sich für die Marine zu begeistern, ihr eine große Zukunft zu wünschen, der muß zugeben, daß eine solche Rolle in außerheimischen Gewässern für die Marine auf die Dauer nicht durchzuführen sein wird. Wir müssen selbst in den Besitz wenigstens einiger Punkte gelangen, in denen deutsche Kohlen von deutschen Schiffe an deutsche Schiffe gegeben werden können. Das Dasein von Kohlenstationen ist für einen zukünftigen Krieg die Bedingung jeder Wirksamkeit der Marine. Also, wenn wir auch im Augenblick Ausgaben, und es sind sehr unbedeutende Ausgaben, für unsere Kolonien machen, so möchte ich doch die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch dieses Kapital rentiren und auch hier das, was wir jetzt ausgeben, in erhöhtem Umfange uns wieder zufließen wird.

Ich kann also nun noch einmal zusammenfassen. Wir werden Bemühen haben, daß, wenn der Reichstag uns weiter unterstützt, wir schrittweise vorgehen, daß wir uns auf keine gewagten Unternehmungen einlassen, daß wir danach trachten, die Gesellschaften wieder dahin zu bringen, wo sie ursprünglich gestanden haben, sie so selbstständig, als es möglich sein wird, zu machen. Ich muß hier die Einschränkung machen, daß eben das von der Leistungsfähigkeit der Gesellschaften abhängen wird und daß sich heute noch nicht mit Bestimmtheit übersehen läßt, wie weit sie dazu geeignet sein werden. Wir haben schon jetzt in Ostafrika einen Zustand, in dem eine Truppe durch die lex Bismarck geschaffen worden ist, von der eigentlich Niemand recht weiß, wessen Truppe sie ist, und ich halte es nicht für unmöglich, daß, da die Politik und der Kriegszustand in Ostafrika voraussichtlich noch Jahre lang fort dauern wird, wir in die Lage kommen können, aus dieser jetzt lediglich von Major Bismarck nach alter Landstrasse gebildeten Truppe eine Reichstruppe zu machen, um mit geringen Kräften wirksam mehr leisten zu können, als jetzt geschieht, wo die Sache eben auf kontraktliche Werbungen basiert ist. Wir werden das Bestreben haben, fremde Rechte überall zu respektiren, wie es der Herr Staatssekretär ausgeführt hat, und das Deutsche Reich zu schützen; ich glaube, die verbündeten Regierungen werden im Stande sein, die Kolonialpolitik so zu führen, daß die allgemeine Politik Deutschlands darunter keinen Schaden leidet und daß der berechtigten Auffassung deutschen Nationalgefühls nicht verlegt werden wird. (Lebhaftes Bravo! rechts und im Centrum.)

Herr Graf Stolberg (M.): Der Abg. Bamberger hat das ganze Bestreben, zu kolonisiren, auf romantische Anschauungen der Deutschen zurückgeführt. Ich frage, traut er dieselbe Romantik auch den Engländern zu, die er uns sonst als Beispiele praktischer Politik hinstellt und die doch Kolonialpolitik treiben, auch in Ostafrika? Er wies dann auf die etwaigen Konflikte mit anderen Mächten hin und meinte, daß es allerdings einem Manne wie Bismarck beschieden gewesen wäre, solche Konflikte friedlich beizulegen, daß es aber zweifelhaft sei, ob dies dem Nachfolger Bismarck's möglich sein würde. Diese Ausführungen waren das einzige Neue in der Bamberger'schen Rede. So lange Bismarck hier unter uns war, hat ihn der Vorrede fortwährend angegriffen (cho! links), jetzt, nachdem Bismarck zurückgetreten, stellt er die Sache so dar, als ob Deutschland jedem etwaigen Konflikt ängstlich aus dem Wege geben müßte. Kein, eine so geringe Meinung habe ich von unserem Vaterlande nicht. Ich betrachte es im Gegentheil als einen Triumph der Bismarck'schen Politik, daß das Deutsche Reich ein selbstständiger Organismus geworden ist, der jetzt auf eigenen Füßen stehen kann. Das Deutsche Reich hat sich in Ostafrika engagirt nicht auf die Initiative der Regierung hin, sondern des Reichstages. Nun meine ich nicht mit dem Abg. Bamberger, daß wir die begonnene Politik auch fortsetzen

müssen. Inbesseren der bisherige Verlauf der Sache ist so günstig gewesen, als wir es irgend wünschen konnten. Es ist dem Major Bismarck in kurzer Zeit gelungen, mit verhältnismäßig wenigen Mitteln eine Truppe zu bilden, die heute in Afrika entschieden die beste ist. Sechs feste Küstenplätze, darunter drei vorzügliche Häfen, sind gewonnen. Der Sklavenhandel an der Küste hat aufgehört, ebenso die Sklavenausfuhr; die Missionsanstalten stehen überall in voller Blüthe, und es ist erfreulich, daß Missionäre und Schutztruppen in bestem Einvernehmen sind. Die Eingeborenen nehmen mehr und mehr Partei für die Schutztruppe gegen die Araber. Wir haben bereits einen festen Stützpunkt 300 Kilometer von der See entfernt, und von diesem Stützpunkt aus soll nun Emin Pascha mit einer Expedition weiter ins Innere vorgehen. Man pflegt den Deutschen vorzuwerfen, daß sie im Auslande ihre Nationalität leicht vergeren. Emin Pascha macht jedenfalls von dieser Regel eine rühmliche Ausnahme. Nachdem er lange Zeit fremde Provinzen verwaltet und fast verschollen war, hat er sich jetzt unserer Schutztruppe angeschlossen. Ich glaube, daß auch der Reichstag alle Veranlassung hat, ihm dafür den wärmsten Dank auszusprechen. (Sehr gut!) Hoffen wir, daß es ihm gelingen wird, weitere fruchtbare Gebiete, welche jetzt, international betrachtet, res nullius sind, in den Kreis deutscher Interessen hineinzuziehen. Haben sich nun die Dinge so erfreulich entwickelt, so haben wir keinen Grund, die Hand von dem Werk abzugeben. Schließlich möchte ich zwei Wünsche aussprechen. Einen hat mir der Reichstagler schon vorweg genommen, nämlich den, daß die Bismarck'sche Schutztruppe, die immerhin einen privaten Charakter hat, in eine Reichstruppe umgewandelt werde. Der zweite geht dahin, daß die Kolonien finanziell auf eigene Füße gestellt werden; vielleicht bedarf es dazu eines neuen Uebereinkommens mit dem Sultan von Sansibar. Ich enthalte mich ferner jeder weiteren speziellen Vorschläge, um der Sache nicht zu schaden. Möge die Regierung diesen wichtigen Punkt möglichst im Auge behalten. Ich beantrage die Ueberweisung der Vorlage an die Budgetkommission. (Beifall rechts.)

Herr v. Vollmar (Soz.): Meine Partei hat die Kolonialpolitik von Anfang an belämpft. Wir hatten es deshalb nicht nöthig, bei der ostafrikanischen Krise unsere früheren Hoffnungen herabzuspinnen, wir brauchen sie jetzt, wo die Sache etwas besser zu gehen scheint, nicht wieder aufzugeben. Nicht als ob ich kein Interesse an der Aufschüpfung Ostafrikas oder keine Theilnahme, oder Achtung habe für die kühnen Männer, welche sie durchzuführen. Aber es kommt darauf an, daß das deutsche Volk nicht mit derartigen Unternehmungen befaßt werde. Ob die Kolonialpolitik in anderen Ländern berechtigt ist, lasse ich dahingestellt, obwohl auch dort darüber die Meinungen getheilt sind. Für Deutschland ist sie vom Uebel, der Militarismus und das nicht näher zu qualifizirende Gewaltregiment hat uns die Lösung vieler wichtigen Aufgaben entzogen, welche andere Länder bereits gelöst haben. Wir haben noch viele alten und neuen Ruinen einzureißen, manches Versäumte nachzuholen. Man sollte also die Kräfte konzentriren und nicht zerstreuen, wie es durch die Kolonialpolitik geschieht. Zunächst wird durch die Kolonialpolitik der Eroberungs-, der Abenteuergeist, der Chauvinismus noch mehr verstärkt und die Gelegenheit zu Konflikten aufs Neueste vermehrt. Ich will ja zugeben, daß die maßgebenden Mächte in Deutschland, zu denen wir leider nicht gehören, wesentlich von dem Standpunkte ausgehen, den Frieden aufrecht zu erhalten — das Gegentheil wäre auch ein Verbrechen —; wenn man aber sich als eine Friedensmacht hinstellt, dann ist die erste Aufgabe und Pflicht, auch den kleinsten Branten von den aufgehäuften Pulverfassern fern zu halten. In der Thronrede heißt es, daß jede Verchiebung der Machtverhältnisse die Gewähr für die Aufrechterhaltung des Friedens gefährden würde. Ich finde, daß jeder Schritt vorwärts in einer antiken Kolonialpolitik eine unberechenbare Verchiebung der Machtverhältnisse bedeutet. Nach einem autoritativen Worte hat Deutschland in der Welt leider wenig oder gar keine Freunde; wir werden gefürchtet, aber nicht geliebt; um so mehr sollte man jede Gelegenheit benutzen, an die Stelle dieser Furcht Zuneigung zu bringen. Im vorigen Jahr war eine Gelegenheit, wo die Zuneigung der reichlich denkenden Menschen und Völker in Europa für Deutschland zu gewinnen war. Das war der portugiesisch-englische Konflikt. Wenn damals Deutschland frei von derartigen Unternehmungen, die ihm leider die Hände gebunden haben, gewesen wäre, dann wäre es im Stande gewesen, wirklich sich hier Sympathien zu erwerben. Diese Gelegenheit ist verpaßt, und wir müssen nun sehen, daß wir nicht in größere Verlegenheiten kommen. Das nationale Prestige, das Wort von der engagirten Fahne, die wir nicht im Stich lassen dürfen, sind Schlagworte, die uns immer tiefer in den Sumpf hineinführen. Der Herr Reichskanzler, der so ruhig und kalt die Dinge beurtheilt, hat selbst den Beweis dafür geliefert, daß, wer auf diesem Gebiete einmal A sagt, bis zum Schluß kommt, daß er die Verfügung und Selbstbestimmung über demnächst vorzunehmenden Schritte mehr und mehr verliert. Er, der ursprünglich ein Gegner der Kolonialpolitik gewesen, ist schließlich übergegangen zu einem Phantasiemagier dessen, was in Zukunft geschehen muß. Er sprach schon davon, daß die Bismarck'sche Landrechtstruppe eine Reichstruppe werden soll, vielleicht später ein Garderegiment. (Heiterkeit.) Der Herr Reichskanzler sagte, die Ehre und die Interessen Deutschlands dürfen nicht im Stiche gelassen werden. Es fragt sich nur, wie man die Ehre und das Interesse des Volkes aufstellt. Der Reichskanzler hat ein sehr bemerkenswerthes Wort gesagt, das nicht unbemerkt bleiben kann: „Das nationale Empfinden hat eine große Rolle gespielt und spielt sie noch, das ist zu begrüßen, weil nach dem Kriege von 1870 und 1871 das nationale Empfinden nach und nach zurückgegangen ist. Die Kolonialpolitik ist ein geeignetes Mittel, das Nationalgefühl wieder zu entzünden“. Wissen Sie, was diese Theorie führt? Zu der Politik Napoleon III. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Augenblicklich erwidert sich das Nationalgefühl an Ostafrika. Ist Ostafrika pagirt, was soll dann werden? Wird man dann vielleicht in Europa einen geeigneten Anknüpfungspunkt finden? Das Napoleonische Regime hat auf diesem Wege stets neue Ableitungspunkte für das nationale Empfinden, beziehungsweise zur Bewachung der Ungerechtigkeit gesucht. Ich finde, daß im Gegentheil das nationale Moment durch die Kolonialpolitik geschwächt wird. Jede Thorheit irgend eines Beamten in unsere Kolonien ist im Stande, uns zu kompromittiren und die früheren Berechnungen über den Haufen zu werfen. Und nun frage ich, ist Deutschland so reich, um sich den Luxus zu gestatten, Millionen für fremde Zwecke wegzugeben? Hat man doch viel geringere Summen für viel dringlichere und bessere Zwecke nicht hergeben wollen, weil wir dazu kein Geld haben. Wurde nicht aus demselben Grunde unsere Forderung auf Errichtung von Arbeiterkammern zurückgewiesen, die angeblich 3-5 Millionen kosten sollten? Schlimmer aber als der Geldverlust scheint mir der Umstand, daß durch die Kolonialpolitik von dringenden Bedürfnissen des Volkes, von den sozial-ökonomischen Bestrebungen wenigstens zum Theil abgelenkt wird. Welche ungeheure Mühe und Ueberwindung von Haß und Vortheil hat es und, die wir hier so zahlreich, nicht zu ihrem Vergnügen, vorhanden sind, gefoliet, um weiteren Kreisen der Bevölkerung die Ueberzeugung zu geben, daß die Lage der Arbeiter verbessert werden muß! Wir müssen alle unsere Kraft einsetzen, um das Volk zu warnen und zu hindern, in diese Falle zu gehen. Ich eifere keineswegs gegen eine Kolonisation Ostafrikas oder anderer Länder auch durch die Deutschen. Einmal wäre das ein Wankmühenkampf, und dann gereichen zweifellos solche Unternehmungen schließlich, wenn auch leider unter sehr schlimmen Begleiterscheinungen, der Kultur zum Vortheil. Aber solche Unternehmungen müssen der privaten Initiative und der privaten

Spekulation überlassen werden. Die Britische Ostafrikanische Gesellschaft ist auch ein Privatunternehmen. Man sagt, die Engländer seien auch reich genug dazu, unser Kapital sei aber zu schwach und daher müsse bei uns das Reich zuerst eintreten. Unter den seiner Zeit erlassenen Aufträgen zur Befreiung Emin Paschas befanden sich die Unterschriften von 1 1/2 Duzend Millionären, und man erlaunt, wie diese reichen Leute bei Anderen betteln gehen konnten. Mögen diese doch mit ihrem Kapital herausrücken. Den Herrn Reichskanzler mache ich darauf aufmerksam, daß eine leistungsunfähige Gesellschaft in England überhaupt keine royal charter bekommt. Rechnet man in Ostafrika überhaupt auf einen Gewinn, so mag man auch das Risiko den Herren überlassen. Mögen nach Afrika Forscher gehen, wir werden sie mit unserer Sympathie begleiten und ihnen auch Zuwendungen geben; mögen Missionäre dorthin gehen, um den Schwärzen begreiflich zu machen, daß ihre Religionsauffassung eine bessere sei; wir lassen sie ohne Reich ziehen, können auch Einige davon entbehren (Heiterkeit); mögen Pflanzer und Händler nach Afrika gehen, um zu versuchen, Gewinn zu erzielen, aber ausschließlich auf ihre Rechnung und Gefahr. Daß sich die Regierung nicht des Aufsichtsrechtes und der Kontrolle gänzlich entschlägt, dazu läßt sich nichts sagen, aber Alles muß auf Kosten und Gefahr der Gesellschaft geschehen, ohne Verbindlichkeit für das Reich. Man spricht auch von der Befreiung der Sklaven in dieser Sache. Wir auf dieser Seite schmeicheln uns, auf allen Gebieten Befreier zu sein, wir brauchen nicht nach Afrika zu gehen. Es giebt auch hier ausbeutende und tyrannisirende Herren. Nur kommen sie bei uns nicht auf. Nach einem englischen Sprichwort sagen wir, die Befreiungsmission Deutschlands würde bei uns anfangen. Hierauf möge die Regierung ihren Fleiß und ihr Studium richten, dann wird sie auch auf dem sozialen Gebiete ein Verständnis an den Tag legen, wie jetzt in den afrikanischen Dingen. Dann werden auch die Ungleichheiten, die, wie Herr v. Bötticher sagt, in der Sozialpolitik vorgekommen seien, endlich einmal ein Ende nehmen. Die höchste Zeit wäre es dazu. Ich werde gegen die Vorlage stimmen.

Herr v. Kardorff (Rp.): Es ist recht schwer, auf kolonialem Gebiet neue Gedanken vorzubringen (sehr richtig! links; Heiterkeit); denn was der Redner vorgebracht hat, hat uns schon im vergangenen Jahre der Abg. Veibel gesagt, und ich kann auch nur dasselbe erwidern, wie damals. Daß die Sozialdemokraten sich gegen die Kolonialpolitik stellen, befreit mich in dem Gedanken, daß ein guter Kern in dieser Kolonialbewegung liegen muß, die der deutschen nationalen Bewegung zu Gute kommen muß. (Rachen links.) Die Herren wollen natürlich unsere ganze Nationalität föhren; wir halten aber die Grundlagen unseres ganzen Staatswesens für gesunde und gut. Der Abg. v. Vollmar hält hauptsächlich die Kolonien für zu gefährlich, wegen der Möglichkeit von Verwickelungen. Wie kam aber dann der Abg. Liebknecht vor einigen Jahren dazu, hier einen Krieg mit Rußland vom Zaune brechen zu wollen? (Beifall der Sozialdemokraten.) Ja wohl, das hat er gethan. Beschuldigt man sich denn reich genug für eine Kolonialpolitik? Weil wir eben noch keine Kolonien gehabt haben? Die anderen Länder haben ihren Nationalreichtum zum Theil aus anderen Kolonien. Herr von Vollmar meint, die Kolonialpolitik läge davon ab, unsere schlechten inneren Zustände zu beseitigen. Sind denn unsere Zustände schlechter als in anderen Ländern? In der Justiz, im Schul- und Verkehrswesen, können wir uns mit unseren Einrichtungen sehen lassen. (Beifall rechts.) Daß das dem Abg. von Vollmar nicht gefällt, ist klar, aber dem großen gesunden Theil des Volkes gefällt es. Kein Reichstag kann die Verantwortlichkeit übernehmen, daß, was in Ostafrika angefangen ist, sitzen zu lassen, daß die Kosten, die jetzt das Reich auswendet, einmal von der Ostafrikanischen Gesellschaft ersetzt werden, wünsche ich auch, und ich meine, daß der Kolonialbeizig in Ostafrika nach allem, was wir gehört haben, so wenig ist, daß wir mit Sicherheit darauf rechnen können. Nachdem der Sultan Said Vargash die Zölle an die Ostafrikanische Gesellschaft verpachtet und ihr die Vertretung seiner Hoheitsrechte gegeben hat, dann aber den Vertrag nicht halten konnte, weil die Küstenvölker ihm nicht mehr folgten, und nachdem wir dann die Ordnung hergestellt haben, müssen wir in der Kommission genaue Auskunft über die Verhältnisse erhalten. Der Sultan muß doch der Gesellschaft das ersetzen, was er selbst verschuldet hat. In der Kommission müssen wir auch die Stellung der Gesellschaft prüfen, um Sicherung dafür zu schaffen, daß dieselbe die Kosten der Unternehmung trägt. Alle Freunde der Kolonialpolitik haben dahin gestrebt, daß das Reich nicht unmittelbar mit den Kosten belastet wird, sondern die Gesellschaft. Ich bitte nur die Gegner der Kolonialpolitik, die Berichte unabhängiger Leute gründlich zu prüfen und nicht das deutsche Kapital fortwährend durch ihre schlechten Schilderungen abzusaugen. Je weniger es von Ostafrika abgeschreckt wird, desto eher wird das Reich zu seinem Gelde kommen. Der Abg. Bamberger hat einen Punkt vergessen, was ich ihm nicht verdenken kann: daß wir nämlich auch die Leuchte des Christenthums in Ostafrika aufsteden müssen. Wir sehen ja die außerordentlich segensreiche Thätigkeit des Christenthums, und das dürfen wir in der Kolonialpolitik nicht fallen lassen, um nicht unsere Stellung als zivilisirte Nation aufzugeben. (Beifall rechts.)

Herr Dr. Windthorst: Ich hätte gewünscht, daß uns Major Liebert, der soeben aus Ostafrika gekommen ist, die Verhältnisse aus seinen Wahrnehmungen dargelegt hätte. Wenn Gründe obwalteten, den Major Liebert noch nicht sprechen zu lassen, so muß es unter allen Umständen vor dem Abschluß der Diskussion geschehen. Ich bin niemals ein großer Schwärmer für die Kolonien gewesen und habe die Politik aufs Entschiedenste widerstrebt, weil wir unsere Kräfte zusammenhalten haben. Glänze ich wieder am Anfang der Dinge, so würde ich entschieden sagen: Geben wir nicht hinein! (Auf bei den Sozialdemokraten: Sie haben ja A gesagt!) Der Herr Reichskanzler hat uns aber dargelegt, daß er ähnliche Ansichten gehabt hat, wie der Fürst Bismarck, daß wir aber insolge des Verlaufs der Dinge nicht Halt machen können, sondern so weit gehen müßten, wie die Ehre und das Interesse des Reiches verlangen. Der Reichskanzler meint, weil wir in Ostafrika in unserer nationalen Ehre beleidigt seien und der Gesellschaft den Schutz gewähren müßten, den wir ihr versprochen hätten, müßten wir auch diese Ausgabe machen. Aber die Gesellschaft müsse sie ersetzen. Dieser Standpunkt des Reichskanzlers ist unannehmbar und ich bin mit solchen Interessen seit langer Zeit keiner Auseinandersetzung gefolgt, wie dieser. Sie hatte neben den sachlichen Gründen allerlei sehr verführerische Ausdrücke, für die ich nicht unempfindlich bin. Wenn ich auch keinen idealen Zug in der Kolonialpolitik erkennen kann, so liegt es doch in der Natur der Sache, daß unsere Nation, nachdem sie neue Kraft in der Vereinigung gewonnen hat, auch einen Zug in sich finden müsse, sich auch auf der großen Weltbühne geltend zu machen. Wenn zugefagt ist, daß nicht weiter gegangen werden solle, als absolut nothwendig sei, um das Gewonnene aufrecht zu erhalten, so muß die Kommission sehen, ob nicht festere Grenzen gefunden werden können, als diese allgemeinen Versprechungen. Das Reich muß sobald als möglich von diesen Kosten befreit werden, und sie müssen denen auferlegt werden, die einen Nutzen davon haben. Eroberungslustig bin ich nicht; ich will nicht mehr von dem afrikanischen Sande haben. Gegenüber irgend einer Audeutung nach dieser Richtung werde ich ganz bestimmt Nein sagen. Die Kommission muß prüfen, ob die ausgeworsene Summe richtig bemessen ist. Eine Abminderung wird kaum möglich sein. Wir werden uns mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß wir weitgehende Hilfe leisten müssen. Wenn man aber solche Summe zahlt und zahlen muß, so muß man überlegen, wie es zu machen ist, daß solche Dinge nicht wiederkehren. Die Erklärung des Reichskanzlers in dieser Beziehung hat mich durchaus befriedigt. Es kommt nur darauf an, wie die theoretische Grenzbestimmung, die der Reichskanzler gegeben, zu einem praktischen Resultat ge-

führt wird. Dazu ist notwendig, daß wir über den Zustand der ostafrikanischen Gesellschaft, ihre Finanzen u. s. w. nähere Auskunft erhalten. Der Abg. Bamberger meinte, daß seine Partei jetzt würde Schritt machen wollen, um zu versuchen, Ostafrika wieder in die Verwaltung der ostafrikanischen Gesellschaft zu stellen. Der Regierung aber könne er diesen Weg nicht zumuthen. Standpunkt vertheile ich. Wir haben immer für unsere Pflicht gehalten, das, was wir für richtig erkannt haben, auch zu thun. Der Abg. Bamberger hat sich dann auf die Aeußerung des Grafen Bismarck vom 28. November 1880 Bezug genommen. Der Reichskanzler hat mit aller Mäßigkeit die Deutlichkeit gesagt, daß die Regierung diesen Weg auch jetzt noch verfolgt. Ich führe dies an, weil mich die Erklärung um so mehr beruhigt, auf dem vorgezeichneten Wege weiter zu gehen. Die Verantwortlichkeit, die der Abg. Bamberger dem Zentrum für die erste ostafrikanische Vorlage zuschiebt, will ich nicht zurückweisen. Ich übernehme stets die Verantwortung für das, was ich thue. Aber wenn wir hier unsere Ansichten darlegen und der Deutsche Reichstag in seiner Mehrheit sie theilt, so übernimmt der Deutsche Reichstag als solcher die Verantwortung. Die Unterdrückung der Sklaverei war damals wie heute unser erstes Ziel. Wenn sich daneben noch andere Interessen verbinden lassen, insbesondere auch die Vermehrung des nationalen Vermögens, so ist uns das sehr willkommen. Das haben wir zu Anfang ausgesprochen, und ebenso deutlich dies, daß Alles aufzuweisen ist, daß das Geld, das für Ostafrika ausgegeben wird, uns von der Gesellschaft wieder ersetzt werde. Die humanitäre Sache haben wir mit Nachhaltigkeit verteidigt, und ich hoffe, daß sie nicht vergessen wird. Die Herren sollten sich ein Beispiel an Emitt Pascha nehmen. Wen hat er sich zum Begleiter gewählt? Einen Jesuitenpater! Emitt Pascha und Pater Schynse wurden Beide gemeinschaftlich herzlich begrüßt in Ostafrika. Was aus Menschen nicht Alles werden kann! (Heiterkeit.) Missionen sind also notwendig. Missionen wachsen aber nicht auf der flachen Hand und man kann sie nicht aus der Erde stampfen. Wollen Sie aber Missionen haben, die wirken können wie Emitt, dann gestatten Sie, daß wir auf deutschem Boden solche Missionen pflanzen. (Beifall im Zentrum.) Die Tüchtigkeit Bismarck's und seiner Begleiter erkenne ich mit wahrhaftiger und lauter Freude an (Beifall) und ich hoffe, daß Niemand im Deutschen Reichstage ist, der nicht diesen wackeren deutschen Männern ein Hoch zuruft und sie auffordert, auf ihrem Wege fortzuschreiten. (Stürmische Heiterkeit.) Aber diese Operationen kosten Geld und die Herren müssen sorgen, die Dinge so einzurichten, daß das Geld dort gewonnen wird. (Beifall im Zentrum.)

Darauf wurde die weitere Beratung vertagt.
Abg. Bamberger (persönlich): Der Abg. Graf Stolberg hat meinen schlichten Worten über unser Verhältnis zum neuen Reichskanzler eine Deutung gegeben, die darin nicht gelegen. Ich bin beruhigt, daß der Reichskanzler sie besser verstehen wird als Graf Stolberg, umso mehr, als ein besonders schlechter Wille dazu gehören müßte, sie anders zu verstehen, als sie gemeint waren. (Sehr richtig! links.) Dann meinte Graf Stolberg, früher hätte ich den Fürsten Bismarck angegriffen, jetzt wolle ich seine Partei ergreifen. Das wäre ja so schlimm nicht. Ich würde das jedenfalls vorgehen, als wenn ich mich vor dem anwesenden fürstlichen Reichskanzler verneigt, den abwesenden aber angegriffen hätte. (Sehr richtig! links.) Ich bin aber viel häufiger der Angegriffene gewesen, und es ist doch nicht schon ein böses Thier, das sich verteidigt, wenn man es angreift. Der Abg. von Kardorff meinte, ich hätte kein Verhältnis für die Missionare und ihre Wirksamkeit. Diejenigen, die mit ihrem Christenthum am meisten trinken, haben am wenigsten davon in sich. (Sehr richtig! links.) Die Enge der Auffassung hätte ich dem Abgeordneten von Kardorff doch nicht zugetraut, daß er mir unterlegt, ich hätte weniger Sinn für die Aufgabe der Mission unter unkultivirten Völkern, weil ich selbst nicht Christ bin. Ich bin nicht, wie er, darauf erpicht, mit diesen Truppen, welche Heiden sind, vermittelst der Schießgewehre das Christenthum zu verbreiten. (Beifall links.)
Schluß 5 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr.
(Fortsetzung der heutigen Debatte und Militärvorlage.)

Lokales.

Der Buchdrucker Herr Philipp Schmitt, derzeitiger Vorsitzender des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, kann sich über die ihm kürzlich von uns zu Theil gewordene Abfertigung immer noch nicht beruhigen. Zwar hatten wir uns vorgenommen, die Anstrengungen dieses Herrn mit Stillschweigen zu übergehen, weil uns eine gerichtliche Auseinandersetzung mit Herrn Schmitt angekündigt war. Aber Herr Schmitt klagt nicht, und das Recht ist doch so sehr auf seiner Seite! Statt dessen aber benützt Herr Schmitt die Zeitulare, auf welchen den Mitgliedern des Vereins die Versammlungen angekündigt werden, um die Mitglieder auf Kosten des Vereins mit seinen persönlichen Angelegenheiten zu behelligen. Sei es drum, das ist nicht unsere Sache.

Was uns aber angeht, ist, daß Herr Schmitt den Versuch macht, durch allerlei Verdrehungen seine unwürdige Haltung bei dem Ausstand der Seher der „Berliner Zeitung“ zu bemänteln. Daß Herr Schmitt hierbei vor keinem Mittel zurückschreckt, mag sich aus der Nothlage erklären, in welche der genannte Herr durch die Eröffnungen unseres Blattes sowohl bei seinen Kollegen als bei der ganzen Arbeiterschaft Berlins gerathen ist. Die Beweisführung des Herrn Schmitt stützt sich darauf, daß er den Berliner Buchdruckern vorstufert, es wäre ihm von Seiten eines Redakteurs unseres Blattes die Zusicherung gegeben worden, daß das „Berliner Volksblatt“, nachdem eine Verständigung zwischen dem Seherpersonal und dem Verleger der „Berliner Zeitung“ erzielt war, diese Angelegenheit nicht mehr besprechen würde.

Herr Schmitt weiß sehr genau, daß das absolut unwahr ist. Er legte dem Redakteur nur eine ganz indifferente Mittheilung vor und nur in Bezug auf diese erhielt eine Zusage, die Herr Schmitt jetzt wissenschaftlich falsch auslegt. Herr Schmitt hatte, kurz bevor er mit dem Redakteur verhandelte, jene Annonce aufgegeben, die nachher so viel unwillige Entrüstung in allen Kreisen der Berliner Arbeiterschaft hervorrief. Er mußte ganz genau wissen und er wußte es auch, daß der Redakteur von dieser Annonce noch keine Kenntniss haben konnte; und Herr Schmitt hatte wohl auch Grund zu der Annahme, daß ihm in Bezug auf diese Annonce niemals in irgend einer Form eine Zusage gemacht worden wäre.

Dies ist der einfache Thatbestand, den wir jederzeit zu beweisen in der Lage sind. Wir haben also in dieser Beziehung mit Herrn Schmitt nichts mehr zu verhandeln.

Andererseits aber versucht sich Herr Schmitt mit Bezug auf seine Stellung zum verflochtenen „Volksfreund“ in das listigenweife Kleid absoluter Unschuld zu hüllen.

Ich, hätte doch Herr Schmitt nur geklagt: wie wäre er als Sieger aus dem Streit hervorgegangen!

Zwar ist es unerheblich, daß Herr Schmitt zu seiner vollenfreundlichen Stellung im Bureau der „Nordd. Allg. Zeitung“ engagirt wurde, zwar ist es unerheblich, daß viele Manuskripte, die im „Volksfreund“ zum Abdruck gelangten, auf Papier geschrieben waren, welches den Ausdruck „Preussisches Staatsministerium“ trug, zwar ist es unerheblich, daß Herr Schweinburg Herrn Schmitt in freundschaftlicher Weise seine Mitarbeitererschaft bei dem „jungen Unternehmen“ zusicherte, — aber vielleicht wären noch andere Sachen zum gerichtlichen Austrag gekommen, die höchst interessante Streiflichter auf die „geheimen“ Arbeiterbewegung aus dem Frühling des Jahres 1884 geworfen hätten.

Doch genug, — überlassen wir Herrn Schmitt seiner entzückenden Unschuld und geben wir ihm die Versicherung, daß, wenn er es nicht gerade wünscht, in der Oeffentlichkeit so leicht nicht wieder von ihm gesprochen werden soll.

Achtung, Arbeiter! Folgendes geht uns zu: Aus dem Zentral-Streikbureau der Schuhmacher sind die Nummern 300 bis 368 und 370 der Sammellisten entwendet worden. Es wird ersucht, dieselben anzuhalten und an Joseph Sühmeier, Kronenstraße 68 und 69, Hof 2 Tr., abzuliefern.

Auch während des diesjährigen Sommers werden auf der Stettiner Eisenbahn Sonderzüge zu ermäßigten Preisen an bestimmten Tagen abgefahren werden. Wir nennen in erster Reihe die Freienwalder Sonderzüge, welche vom 1. Juni bis Ende September alle Sonntage verkehren werden. Dieselben werden am 7, 8, 15, 9, 10 Uhr Vormittags vom Stettiner Bahnhof hier abgehen und um 7, 8 und 9, 30 Abends von Freienwalde wieder abfahren. Die Fahrpreise betragen bis Uberswalde und zurück II. Kl. 2 M., III. Kl. 1,50 M., bis Freienwalde II. Kl. 2,50 M., III. Kl. 2 M. — Ferner werden vom 1. Juni ab allsonntäglich bis Mitte September, jedoch ausschließlich 6. und 13. Juli auf der Stettiner Bahn Sonderzüge nach Stettin abgefahren. Dieselben fahren Sonnabends Abends 11,20 Uhr von hier ab und treffen Sonntags früh 2,16 Uhr in Stettin ein. Rückfahrt von dort Sonntags 10,25 Uhr Abends. — Schließlich werden am 14. und 28. Juni, 12. u. 26. Juli, 9. und 23. August Sonderzüge nach Swinemünde abgefahren werden. Dieselben fahren Sonnabends Abends 10,25 Uhr vom Stettiner Bahnhof und treffen Sonntags 3,30 in Swinemünde ein. Rückfahrt von dort Sonntag Abend 10,14 Uhr.

Der Selbstmord einer jungen Dame wird uns vom Sonnabend Nachmittag aus Moabit gemeldet. Gegen 8 Uhr Nachmittags begab sich ein etwa 22jähriges Mädchen, welches recht elegant gekleidet war, von Bahnhofs Bellevue kommend, nach der in der Nähe befindlichen Moabiter Brücke, schwang sich über das Geländer und sprang in die Fluthen der Spree. Die Bedauernswerthe sank sofort unter, und obwohl seitens der Insassen zahlreicher Boote, die gerade jene Stelle passirten, Rettungsversuche gemacht wurden, so gelang es doch nicht mehr, die jugendliche blühende Selbstmörderin lebend aus dem Wassergrube herauszuziehen. Erst nach einer Stunde wurde der Leichnam der Bedauernswerthen, über welche jedes Signalement fehlt, am Uferande schwimmend vorgefunden und nach der Morgue gebracht. In der Tasche des unglücklichen Mädchens fand man ein Portemonnaie mit — 3 Pfennige Inhalt.

Ein recht schwerer Unglücksfall bei den Kanalisationsarbeiten ereignete sich gestern in der Verbindungsstraße zwischen der Vorzüglichsten Gleisanlage und dem Arminiusplatz dadurch, daß die beim Graben ausgehobene Erde sich loderte und laminenartig zwei Arbeiter unter sich begrub. Dieselben waren gerade damit beschäftigt, ein Kanalisationsrohr in die richtige Lage zu bringen, als ihnen ein nicht in der Grube beschäftigter Kollege plötzlich zurief, daß der vom Arminiusplatz aus rechts gelegene Sandhaufen ins Rutschen gerieth. Der eine der beiden Gefährdeten besah Geistesgegenwärtig genug, sich sofort in das Kanalisationsrohr zu flüchten, während der Andere durch die unerwartete Gefahr in Bestürzung gebracht, von den sich niederkommenden Sandmassen gegen das Rohr gepreßt und vollständig überschüttet wurde. Von der sogleich herbeizutretenden Feuerwehr wurden die erforderlichen Rettungsarbeiten ohne Verzug vorgenommen, und gelang es den Mannschaften, die dem Erdsturz nahen Verunglückten an das Licht zu fördern. Jetzt stellt sich heraus, daß der Arbeiter, der in dem Rohre seinen Schut gesucht hatte, völlig unverletzt geblieben war, während sein Genosse, der Arbeiter August Naujock, Swinemünderstr. 41 wohnhaft, mittelst Tragbahre nach dem in der Nähe befindlichen städtischen Krankenhaus Moabit geschafft werden mußte. Dort wurde bei der ärztlichen Untersuchung festgestellt, daß der linke Arm wie die linke Brustseite starke Querschnitte erlitten haben. Die Aerzte geben sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, den Verletzten am Leben zu erhalten und ohne dauernden Schaden an seiner Gesundheit zu kuriren.

Polizeibericht. Am 10. d. M. Vormittags wurde in der Spree, nahe der Fußgängerbrücke am Stadtbahnhof Bellevue, die Leiche einer unbekannt, etwa 25 Jahre alten Frauensperson aufgefunden. — Nachmittags sprang ein Mann in der Trunkenheit von der Oberbaumbrücke in die Spree, wurde jedoch noch rechtzeitig aus dem Wasser gezogen. — Zu derselben Zeit wurde vor dem Hause Ackerstraße 165 ein neunjähriger Knabe von einem Kutschwagen überfahren und erlitt anscheinend innere Verletzungen. — Abends entstand zwischen dem Arbeiter Karl Sachewitz und seinem Bruder August in der gemeinschaftlichen Wohnung, in der Thurnstraße, eine Schlägerei, wobei Ersterer mittelst eines scharfen Instruments am Hals lebensgefährlich verletzt wurde, so daß er nach dem Krankenhaus in Moabit gebracht werden mußte, wo er in der darauf folgenden Nacht verstarb. Der Thäter ist verhaftet. — Zu derselben Zeit sprang ein etwa 25 Jahre alter unbekannter Mann von der Schloßenbrücke in den Spreelanal und ertrank. — Am 11. d. M. Morgens wurden im kleinen Thiergarten, hinter dem Grundstück Thurnstraße 81, und Mittags am Holfteiner Ufer die Leichen neugeborener Kinder aufgefunden und nach dem Schauhaufe geschafft.

Soziale Uebersicht.

Sämmtliche in der Schraubenbranche arbeitenden Kollegen, welche bis heute Anklagen resp. Verurtheilungen, festgestellt haben möchten, mögen am Mittwoch, den 14. d. M., von 6—7 Uhr Abends im Restaurant, Alte Jakobstr. 69, sich einfinden. Die Kommission. N.B. Der Streik der Schrauben-, Facondreher-Berufsge nossen dauert fort, da noch gegen 150 Kollegen die Arbeit nicht aufgenommen haben.

Arbeiter Berlins! Sämmtliche Sendungen in Sachen der streikenden Schrauben- und Facondreher sind von jetzt an E. Voigtländer, Rantaustraße 46, v. 1 Tr., zu richten. Anfragen und Briefe an H. Hirsch, Neu-Weihensee, Sedanstraße 85a. Die Kommission tagt jeden Abend von 6—8 Uhr in der Alten Jakobstraße 69 bei Lenz.

An alle Arbeiter! Da die hiesigen Fabrikanten nach allen Städten die Nachricht verbreiten, unser Streik sei zu Ende, so erklären wir hiermit, daß dieses unwahr ist. Wir stehen nach wie vor fest, und ersuchen jeden Zugzug fernzuhalten resp. zu meiden. Wir bitten alle Arbeiterblätter, dieses aufzunehmen, da nach allen Städten Telegramme seitens der Fabrikanten gesandt wurden. Dieses statt jeder besonderen Meldung. Die Streikkommission der Former und Berufsge nossen Berlins.

An die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Gera, den 10. Mai. Bereits länger als 14 Tage dauert nun die Aussperrung der hiesigen Arbeiter und Arbeiterinnen der mechanischen Webereien und noch immer ist keine Aussicht auf Beilegung der Streikfrage. Der Vermittelungsveruch, welchen der Herr Land-

rath auf Veranlassung des Arbeiterkomitees gemacht hat, ist gänzlich mißglückt, weil die Fabrikanten jede Unterhandlung ablehnen. Dieselben verlangen bedingungslose Unterwerfung der Arbeiter und motiviren dies damit, daß ihre Autorität als Arbeitgeber gefährdet sei, wenn sie nachgäben, ferner daß die Konkurrenz wegen einer Verlängerung der Arbeitszeit unbillig sei. Nicht einmal von einer 11 stündigen Arbeitszeit wollen die Herrn etwas wissen, haben sie doch die Firma Lummer, Bach u. Kuntze aus dem Fabrikantenverein ausgestoßen, weil dieselbe ihren Arbeitern die 11 stündige Arbeitszeit bewilligt hat. Die Herren betrachten die ganze Frage als eine Machfrage und sie glauben sich stark genug, die Arbeiter bezwingen zu können; und ihre Macht ist ja auch eine große; beschränkt sich doch das Fabrikantenkartell nicht nur auf Gera und auf die mechanischen Webereien, sondern es erstreckt sich auf weitere Kreise. Wir wollen erhalten die Geraer Weber Arbeit, und die, welche schon verloren erhalten hatten, sind überall wieder entlassen worden. Lasset uns zu ersehen, daß die Arbeiter einen schweren Stand haben, aber hoffentlich lassen die Arbeiter Deutschlands die Geraer Weber nicht im Stich, sondern kommen ihnen auch materiell zu Hilfe. Dasselbe ist um so notwendiger, als hier in Gera das Kartell sammeln von Geldern zur Unterstützung der Aussperrten geboten ist. Alle Briefe und Sendungen richtet man an Emil Bogel, Gera, Neuß, Karlstr. 1.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den zweiten Berliner Wahlkreis hielt am 8. Mai in Möwe's Gesellschaftshaus (Friedrichstraße) eine Versammlung mit der Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage der ländlichen Arbeiter. (Referent Herr Tark.) 2. Diskussion. 3. Bericht der Kommission für proletarische Arbeiterblätter. 4. Verschiedenes, ab. Nachdem das Protokoll angenommen war, erhielt Herr Tark zu seinem Vortrag das Wort. Derselbe schildert in ausgedehnter Weise die Lage der ländlichen Arbeiter und wurde dem Referenten nach dem Vortrag der reichste Beifall zu Theil. Als Berichterstatter der Kommission sprach Herr Klei. Es wurde über diesen Punkt sehr lebhaft debattirt, bis Genosse Heherau den Antrag stellte, die Versammlung möge eine neue Kommission wählen. Dieser Antrag wurde angenommen und folgende Herren in die Kommission für Verbreitung proletarischer Arbeiterblätter gewählt: Heherau, Deimstr. 2, Schröder, Kreuzbergstr. 15, O. Klein, Ritterstr. 15, P. Sauer, Fichtestr. 26, H. Werner, Bülowstr. 64. Dann machte der Vorsitzende die Zahlstellen bekannt, wo neue Mitglieder aufgenommen werden. Der Monatsbeitrag auch entgegengenommen wird. Es sind dies Böhlend, Bülowstr. 64, Wilschke, Junkerstr. 1, Scheuer, Sneyenau- und Schleienermacherstraße-Gde. Um die vierte Zahlstelle soll sich der Vorstand bemühen. Es waren während dieser Zeit sehr viele Resolutionen eingelaufen, die erste behandelte den Ausstand der Brauer. Es wurde von verschiedenen Rednern darauf hingewiesen, wie indifferent sich sonst die Brauer verhalten hätten (Fadenzug) u. s. w.; man wurde sich aber dann doch einig, die Brauer in ihrem Kampfe zu unterstützen, aber die Resolutionen fallen zu lassen und eine große Volksversammlung abzuwarten, wo dann die geeignetsten Beschlüsse gefaßt würden. Die zweite Resolution, welche lautete: Die heutige Versammlung verpflichtet sich, alle Gastwirthe zu zurechtzureden, den „Total-Anzeiger“, falls sie denselben halten, zu bestellen und auf jede Art gegen dieses Blatt zu agitiren, wurde derselbe die gemäßigtesten Seher wieder eingestellt hat und die Verpflichtung zur Unterzeichnung des Referates zurückgezogen wurde nach kurzer Debatte angenommen. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Vereinigung der Drechler Deutschlands (Drückerhaltung Berlin-Stadt). Versammlung am Dienstag, den 13. Mai, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Alte Jakobstr. 69a“. Tagesordnung: 1. Bericht über die Lohnbewegung und Diskussion. 2. Beschlüsse und Fragen. — Es wird gebeten, daß alle Kollegen sich einfinden.

Wahlverein Berliner Bildhauer. Dienstag, den 13. Mai, Abends 8 Uhr, im Restaurant „Alte Jakobstr. 69a“. Tagesordnung: 1. Beschlüsse und Fragen. — Es wird gebeten, daß alle Kollegen sich einfinden.

Vereinigung der Filiale 1 (Süd) der Vereinigung deutscher Maler etc. am Dienstag, den 13. Mai, Abends 8 Uhr, in Hofmann's Restaurant, Oranienstr. 180.

Fachverein der Tapezier Berlins und Umgegend. Dienstag, den 13. Mai, Abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75: Versammlung.

Große öffentliche Versammlung für sämtliche im Maschinenbau beschäftigten Kollegen am Dienstag, den 13. Mai, Abends 8 Uhr, im Saale des böhmischen Brauhauses, Sandberger Allee 11—15.

Wahlverein des Fachvereins der Weber und verwandten Berufsge nossen am Dienstag, den 13. Mai, Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Gabel, Brunnenstr. 28.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises. Dienstag, den 13. Mai, Abends 8 Uhr, im Weinhaus, Schloßstr. 12.

Fachverein für Schlosser und Maschinenbau-Arbeiter Berlins und Umgegend. Dienstag, den 13. Mai, Abends 8 Uhr, beschließende Versammlung im Königshaus, Hofmannstr. 75.

Verein der Drechler Deutschlands. Drückerhaltung 6. Berlin, Freitag, den 13. Mai, Abends 8 Uhr, bei Holzmann, Unter den Eichen 25, Versammlung.

Fachverein Berlins. Oeffentliche Versammlung am Dienstag, den 13. Mai, Abends 8 Uhr, bei Reiser, Gartenstr. 162. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller Kollegen notwendig.

Allgemeiner Metallarbeiterverein für Berlin und Umgegend. Versammlung am Dienstag, den 13. Mai, Abends 8 Uhr, im Weinhaus, Hofmannstr. 75. — Da die Statistik der Metallarbeiter am 1. Juni veröffentlicht wird, so wird darauf aufmerksam gemacht, dieselbe noch so viel als möglich zu benutzen.

Große öffentliche Versammlung der Damenmäntel-Schneider und der Arbeiterinnen der Bekleidungsindustrie (Gereen, Zamer, Zamer, Zamer, Zamer) am Mittwoch, den 14. Mai, Abends 8 Uhr, im Rena's Salon, Hauptstr. 27. Tagesordnung: Ist der Lichtsundentag auch für die Frauen durchführbar? Referent Fritz Jubel.

Der Fachverein der Steinbrücker und Lithographen veranstaltet am Donnerstag (Himmelfahrtstag) eine Herceenpartie nach Friedrichshagen. Der Punkt präge 7 Uhr früh Schloßstr. Bahnhof, 8 Uhr Bahnhof Altes Markt, für Nachzügler Nachmittags 1 Uhr Bahnhof Friedrichshagen. Freunde und Kollegen sind freundlich eingeladen. Die nächste Versammlung am Donnerstag, den 22. Mai, bei Jordan, Neue Grünstr. 30, statt.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Hamburg, 12. Mai. Am dem Streik der Gasarbeiter die in den Gasanstalten beschäftigten Maschinenisten und Schmelzer nicht theilhaftig. Die Streikenden verlangen statt zwölfstündiger Doppelschicht täglich eine dreifache Schicht von 8 Stunden. Eintritt von Gasmangel ist nicht ausgeschlossen.

Prag, 12. Mai. Als heute Abend die Arbeiter der Dampfschiffen Fabrik das Etablissement verlassen wollten, wurden dieselben von streikenden Arbeitermassen infultirt. Das Militär streute dieselben und nahm mehrere Verhaftungen vor. Nachher herrschte Ruhe.

Briefkasten der Redaktion.

Bei Anfragen bitten wir die Abonnements-Custumung beizufügen. Antworten werden nicht ertheilt.

W. W.-s. Elsfasserstraße. Wir verweisen Sie auf den heutigen Artikel über die betreffende Angelegenheit. Sie werden dann unsere Zurückhaltung begreifen.

Kottbus, 1. Die „Freien Blöcke“ erscheinen im Verlage von E. Thiele, Leipzig, Dörrienstraße. Besten Gruß.

Korrespondenzen.

Zürich, 5. Mai. Die gestern im Kanton Zürich vollzogenen Kantons- und Regierungsratswahlen haben der sozialdemokratischen Partei nicht den erhofften Erfolg gebracht. Nach unserer Kenntnis sind fünf Kandidaten der Arbeiterpartei neu gewählt worden, darunter zwei als Sozialdemokraten bekannte Männer, nämlich Arbeiterssekretär **Greulich** und Friedensrichter **Berner** in Winterthur. Die übrigen Arbeiterkandidaten sind nur als Demokraten bekannt, allerdings als solche, die dem Sozialismus nahe stehen. Diese sind Sekundarlehrer **Dr. Stöbel** in Zürich, Sekundarlehrer **Ernst** in Winterthur und Redakteur **Vertschinger** in Wädlingen bei Winterthur. Es kommen dann noch hinzu Redakteur **Curti** („Zürcher Post“) und unser alte Karl **Birkli**, der allerdings ein ehrlicher und offener Sozialdemokrat ist. Bemerkenswert ist, daß für die ganzen 228 Kandidaturen eine einzige als „sozialistische“ aufgestellt wurde, nämlich die des Genossen **Seidel** in Thalweil am Züricher See, der über 700 Stimmen erhielt, aber damit in der Minderheit blieb. Ebenso unterlagen **Lang, Morf, Morf, Heuster, Conzett, Morf** und **Merk** sind in Winterthur.

Die Demokraten haben freilich bessere Geschäfte gemacht als die Sozialisten. Sie hatten im letzten Kantonsrathe 91 Sitze inne und nun haben sie mit Einschluß der Sozialisten bereits 109, wogegen die drei den Demokraten günstige Stichwahlen in Auserrihl kommen. Die Konservativen haben 111, während sie im letzten Kantonsrathe mit 110 die ausschlaggebende Mehrheit besaßen. Die Parteiverhältnisse sind also insofern verschoben, als bei der letzten Wahl die beiden großen Parteien keine eine feste verlässliche Majorität besaßen und der Ausgang von Abstimmungen von geringfügigen Umständen abhängig sein kann. Im Vergleiche zu den 1887er Wahlen zeigt die Sozialdemokratie einen erfreulichen Fortschritt; wir wollen hoffen, daß er in abernmals drei Jahren wesentlich größer sein werde und daß man bis dorthin sich radikal von der unerträglichen und entwürdigenden Bevormundung, der Herrschaft und Tyrannei der sogenannten demokratischen Partei frei gemacht und vollständig auf eigene Füße gestellt habe.

Mit den Regierungsratswahlen hatten die Demokraten kein Glück; ihr Kandidat blieb hinter dem wegen seiner Unfähigkeit und politischen Charakterlosigkeit schon immer bekämpften „liberalen“ **Walder** zurück, der 3000 Stimmen — 23385 gegen 28 190, bei einem absoluten Mehr von 26 806 — mehr erhielt als der Demokrat **Graf**.

In Bern haben nach den vorliegenden Nachrichten die Sozialdemokraten im ersten Wahlgange keinen der ihrigen durchgesetzt, sondern sie stehen in Stichwahl. In Basel dürften die Arbeiter und die Freisinnigen gesiegt haben.

Der 1. Mai ist in der ganzen Schweiz in befriedigender Weise gefeiert worden. Große Umzüge mit Festarrangement fanden statt in Bern, Zürich und St. Gallen; kleinere in Winterthur, Genf, Lausanne u. s. w. Dagegen fand wohl in jedem industriellen Orte eine Demonstrationsversammlung mit Vortrag und damit verbundenem gemächlicher Unterhaltung statt. Die größten Versammlungen waren in Genf und Zürich, 6000 und 5000 Personen, dann Basel, St. Gallen, Lausanne, Winterthur, Schaffhausen, Bern, Biel, Yverdon, Chur, Olten u. s. w. Es herrschte überall eine vorzügliche erhebende Begeisterung und man kann wohl annehmen, daß, wie in allen Ländern, so auch in der Schweiz, die Sozialdemokratie in ihrer Entwicklung durch die Arbeiterbewegung mächtig gefördert wurde. Daß nirgends eine Insubordination vorkam, ist selbstverständlich, denn wo die Arbeiter sich selbst Polizei sind und die schußbereite Militärmassen erspart wird, da werden die Interessen der Arbeiter durch keinen Miston getrübt. Die Bedeutung der Arbeiterbewegung als bemerkenswertes Zeichen der Zeit und ihrer verfassungsmäßigen Bedenkllichkeit hat die Aufmerksamkeit des Bundesanwalts keine weitere Beachtung gefunden, man nahm sie zum großen Theile mehr humoristisch als ernstlich.

In Zürich haben die Schlossermeister die zehn-tägige Arbeitszeit bewilligt und dadurch den sonst unvermeidlichen Streik hintangehalten. In Bern haben die Schuhmacher mit ihren Lohnforderungen bereits theilweisen Erfolg, jedoch befindet sich noch eine Anzahl der Gehilfen im Ausstand.

Lokales.

Die Lokalkommission veröffentlicht nachstehend die Liste der Wirtche, die ihre Lokale zu Versammlungen unentgeltlich hergeben und bemerkt hierzu, daß dieselbe wöchentlich einmal mit neuen Abänderungen abgedruckt wird, ferner, daß Veröffentlichungen in Bezug auf die Lokalfrage nur von den Herren **Wilkam, Werner, Sebastianstraße 72, August Jäninger, Adersdorferstr. 45, und Otto Heimdorf, Langstr. 70,** ausgehen haben. Alle event. Unregelmäßigkeiten sind an die genannten Herren zu berichten.

- Adlerbrauerei, Badstraße.
- Altenbrauerei Moabit.
- G. Bachmann, Dresdenerstr. 45.
- Bergschloßbrauerei, Niddorf.
- Beyer, Neue Grünstr. 14.
- Bockbrauerei, Tempelhofer Berg.
- Böhmisches Brauhaus.
- Böhlow's Brauerei.
- Bolzmann, Andreasstr. 26.
- Bobert, Weinstr. 11.
- Brauerei Livoli, Kreuzberg.
- Brauerei Königstadt.
- Brauerei Friedrichshain (Lips).
- Brauerei Friedrichshöhe (Pagenhofer).
- Brauerei Pfefferberg.
- Buggenhagen, Morisplatz.
- Bürgerfale, Dresdenerstr. 96.
- Konzertpark, Ostend, Frankfurter Allee.
- Reigmüller's Salon, Alte Jakobstr. 48a.
- Deutsches Volkstheater, Schönhauser Allee.
- Fiskeller-Etablissement, Chausseestraße.
- Cliffum, Landsberger Allee.
- Faustmann, Invalidenstr. 144.
- Fenske, Landsbergerstr. 37.
- Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75.
- Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstr. 79.
- Gnadt, Brunnenstr. 38.
- Gründel, Dresdenerstr. 116.
- Gründer's Salon, Schwerinstr. 13.
- Habel's Brauerei, Bergmannstr. 5-7.
- Heise, Nichtenbergerstr. 21.
- Hennig, Hochstr. 32a.
- Heydrich's Sale, Beuthstr. 18-21.
- Hris Jiges, Wilsnackerstr. 63.

- Industrie-Hallen, Mariannenstr. 31-32.
- Joel (früher Keller), Andreasstr. 21.
- Jordan's Salon, Neue Grünstr. 23.
- Kaufmann's Variété, Königkolonnen.
- Keller, Bergstr. 68.
- Königshof, Bälowsstraße.
- Klein's Festsäle, Oranienstr. 180.
- Kliem, Hasenstraße.
- Königsbank, Gr. Frankfurterstr. 117.
- Krieger's Salon, Wasserthorstr. 69.
- Kühlmey's Gesellschaftshaus, Köpplingerstr. 17.
- K. Müllers' Gesellschaftshaus, Fichtestr. 29.
- Müller, Johannisstr. 20.
- Menschenfischer Volksgarten, Profkauerstraße.
- Norddeutsche Brauerei, Chausseestr. 58.
- Orschel, Sebastianstr. 39.
- Reichert, Müllerstr. 7.
- W. Rehlitz, Bergstr. 12.
- Reiz' Salon, Naumannstr. 27.
- Reisefahrer's Salon, Dennewitzstr. 10.
- Reger, Alte Jakobstr. 83.
- Röll, Adalbertstr. 21.
- Ruhland, Moabiter Schützenhaus.
- Sachow, Müllerstr. 136.
- Saeger, Grüner Weg 29.
- Sahn's Klubhaus, Annenstr. 16.
- Sandfouci, Kollbuserstr. 4a.
- Scheffer's Salon, Inselstr. 10.
- Schloßbrauerei Schönberg.
- Schneider, Westortstr. 15.
- Schröder, Müllerstr. 178 (Weddingpark).
- Schwarzmaier, Kolbergerstr. 23.
- Silber's Salon, Schwedterstr. 24.
- Specht (Brauerei-Anschank), Neue Jakobstr. 26.
- Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
- Unionbrauerei, Hasenstraße.
- Vereinsbrauerei (Niddorf).
- Viktoria-Brauerei, Niddorfstraße.
- Viktoria-Salon, Fiedlerbergerstr. 13.
- Volkshaus (Moabit).
- Wedding-Raffino, Schulstr. 29.
- Weid, Alexanderstr. 31.
- Weinmann's Volksgarten, Gesundbrunnen.
- Wolfschläger, Blumenstr. 78.
- Wohlhaupt, Manteuffelstr. 9.
- Welt Nr. 1.
- Wemter, Münzstr. 11.

Der hiesige Magistrat hat unterm 7. Mai 1886 den Beschluß gefaßt, daß die Partheideputation in Erwägung ziehen und darüber berichten solle, ob in den städtischen Parks Hallen zur Erholung und Stärkung des Publikums, welches die Anlagen besucht, und zum Ausschank erfrischender Getränke zu errichten seien. Die städtische Partheideputation hat jetzt „schon“ den Bericht fertig gestellt und führt in demselben etwa Folgendes aus:

Die städtischen Parks, der Friedrichshain, der Humboldtshain, der Treptower Park werden von dem Publikum, welches den sogenannten „besseren Ständen“ angehört, nicht so ausgiebig besucht, wie man es erwarten dürfte. In Hamburg, München würden dagegen die öffentlichen Parks von Personen aller gesellschaftlichen Kreise zur Erholung stark aufgesucht, Kaffeehäuser, Konditoreien, Kurhäuser u. s. w. seien in denselben erbaut. Dem Umstande, daß solche Anlagen in den Berliner Parks fehlen, schreibt die Deputation dem geringen Verkehr des sogenannten „besseren Publikums“ zu, welches keine Ruhesitze finde. Vorge schlagen wird, in den betreffenden Parks 150 Quadratmeter zur Erbauung von Erfrischungshallen an geeignete Privatpersonen abzugeben und die Verabreichung von Wein und seinen Liqueuren in diesen Hallen zu gestatten, den Verkauf von Bier und Brantwein aber nicht zu erlauben.

Aus dem Inhalte dieses Berichtes erkennt man sofort, daß ein sozialdemokratischer Stadtverordneter an der Abfassung desselben nicht mitgewirkt hat, aus jeder Zeile hört man den Bourgeois, welcher bemüht ist, jede Verührung mit dem Arbeiter zu verhindern. Daß der Arbeiter weder Wein noch seinen Liqueur trinken wird, weiß die Partheideputation, man weiß aber auch, daß die Mitglieder dieser Deputation ihr Seidel nicht verschmähen und keine Freunde der Enthaltensamkeit sind. Wird denn der Pain oder Park entweicht, wenn in demselben eine Weisheit mit einem Himbeer getrunken wird? Der Zweck des Berichtes geht ziemlich unverblümt darauf hinaus, den Arbeiter aus den Parks zu vertreiben und sie für das sogenannte bessere Publikum zu reservieren. Wird der Plan der Partheideputation vom Magistrat und den Stadtverordneten genehmigt, so werden die Erfrischungshallen an den schönsten Punkten errichtet werden, schattenlose Bänke an den Anlaufstellen der Parks werden großmäthiger Weise dem Arbeiter gelassen werden. Der Bönhofplatz ist ein lehrreiches Beispiel; einige Bänke an den äußeren Theilen des Platzes für Arbeiter, aber alle schöne Partien desselben mit Stählen besetzt, deren Gebrauch mit 5 Pf. bejagt werden muß und meistens von wendischen Kammern eingenommen sind, übrigens ein trauriges Zeugniß des körperlichen und sittlichen Verkommens der „gnädigen Frau“, wie sich das Weib des Bourgeois jetzt tituliren zu lassen beliebt, das entweder nicht befähigt ist, seinen Kinde die Brust zu reichen oder der Faulheit wegen nicht will.

In diesem Berichte der Partheideputation haben wir wieder einmal einen Werthmesser für die vielen Versicherungen des Wohlwollens und der Fürsorge seitens der Stadtverwaltung dem Arbeiterlande gegenüber; wüßte die Deputation nicht, daß sie mit ihrem Berichte geneigte Ohren finden würde, so wäre er gewiß anders ausgefallen.

Zu beachten ist auch noch der Vorschlag in dem Berichte, daß der Bau der Erfrischungshallen geeigneten Unternehmern überlassen werden solle. Auch hier wird wieder der Wohlhabende gegen den Aermern bevorzugt. Die Ausrede kann hier nicht angebracht werden, die Stadt dürfe sich in geschäftliche Betriebe einlassen, denn Niemand wird verlangen, daß die Stadtverwaltung Schankwirthin werde, aber die Hallen muß die Stadt erbauen lassen, damit bei jeder Verpachtung auch Aermere als Reiter auftreten können.

Arbeiten Magistrat und dann wieder die Stadtverordneten in dieser Sache ebenso schnell wie die Partheideputation, so wird noch manches Jahr vergehen, ehe Champagnerprospen in den Parks knallen werden; unsere Zeit ist eine schnelllebige und Unverhofftes und von Vielen Unverwundenes kann bald kommen.

Schafft uns die Sozialdemokraten vom Halse, und wir bewilligen Alles, was verlangt wird,“ ist der Sinn eines Artikels in der neuesten Nummer der von dem Reichstagsabgeordneten **Dr. Barth** herausgegebenen „Nation“.

Es wird in diesem Artikel etwa Folgendes gesagt: Der neue Kanzler wird nicht in den Fußstapfen seines Vorgängers treten, sondern versuchen sich friedlich mit dem Reichstage auseinanderzusetzen. Aus diesem erhofften Entgegenkommen erwächst dann aber für die Parteien die Pflicht, dem neuen System und den neuen Männern eine eheliche Probe zu bewilligen, wie es hoffent-

lich auch geschehen wird. Weiß Herr von Caprivi diese günstige Lage durch Geschmeidigkeit auszunützen, so wird ihnen alles Wesentliche — auch betreffs der militärischen und kolonialpolitischen Forderungen — bewilligt werden, und er wird sich auf dem Gebiete der Sozialpolitik weitgehender sozialdemokratischer Forderungen leicht erwehren können.

Eine bessere Kennzeichnung des Charakters der freisinnigen Partei konnte gar nicht gegeben werden, als es hier geschehen ist. Trägt sich der Reichskanzler unserem Wunsche, die Forderungen der Arbeiterpartei niederzubehalten, so fehlt uns nicht die nötige Geschmeidigkeit, wir wissen uns in die Verhältnisse zu fügen, wenn nur ein Geschäftliches zu machen ist.

Ein Todtschlag ist am Sonnabend spät Abends in Moabit, und zwar vom Bruder am Bruder erzielt worden. In dem Hause Thurmstr. 79 wohnt im Seitenflügel, zweiten Stock, der 33jährige Zimmermann **Sackwih** mit seiner aus Frau und fünf Kindern bestehenden Familie. Sackwih wird als nüchtern, solid und verträglich geschildert; die Hausgenossen haben bis zum letzten Sonnabend niemals Streit oder Lärm aus der Wohnung gehört. Ab und zu hielt sich nun für einige Wochen der jüngere Bruder des Sackwih, **Herrmann**, welcher 24 Jahre zählt und Hammerführer bei Vorkig ist, bei ihm auf; es war ihm ein eigenes Zimmer eingeräumt. Derselbe wird nicht nur als undankbar gegen den älteren, welchem er stark verpflichtet ist, sondern auch als gewaltthätig geschildert und soll die Weigerung gehabt haben, den älteren, jedoch schwächeren Bruder zu hänseln und zu „kajoniren“. Dies ist auch am Sonnabend Abend — Morgens war der Herrmann S. erst zugezogen — der Fall gewesen. Auf einen Wortwechsel folgten Thätlichkeiten und in der zehnten Stunde gebot der Hauswirth, welcher sich über den Lärm bei den sonst ruhigen Leuten wunderte, Ruhe; schon vorher sollen sich die Brüder in einem Schankeller heftig mit einander geantzt haben. Nach der Erzählung von dem Hergange, welche die Angehörigen des Sackwih als die einzigen Zeugen der That unserem Berichterstatter vortrug, hat der jüngere Sackwih im Streite sein Taschenmesser gezogen und auch einen gleichfalls ihm gehörigen Gummischläger hervorgeholt und ist, dieses in der Linken, jenes in der Rechten, auf seinen Bruder losgetrzt. Die Zeugen stoben, so daß die folgenden Vorgänge von Niemandem beobachtet worden sind. Der Ausgang ist aber der gewesen, daß der Angegriffene mit den Waffen seines Angreifers diesen tödtet hat. Herrmann Sackwih erhielt eine tiefe Schnittwunde am Halse und einen Hieb auf den Hinterkopf. Er hatte noch soviel Kraft, von dannen zu eilen, um sich zur Sanitätswache zu begeben, und der Thäter lief mit, um ihm Hilfe zu leisten. Unterwegs aber brach das Opfer infolge enormen Blutverlustes zusammen und verstarb alsbald. Der Thäter wurde gleich an der Stelle verhaftet. Frau und Kinder desselben erfuhren erst am Sonntag, Vormittag, daß ihr Schwager und Onkel todt sei. Nachträglich ist auch das Messer, mit welchem der Stich geschehen ist, beschlagnahmt worden, der Gummischläger nicht. Daß der Vorgang sich in der von den Angehörigen berichteten Weise wirklich zugetragen habe, vermag der Berichterstatter nicht anzugeben; es dürfte aber schwerlich zu beweisen sein, daß er einen anderen Verlauf gehabt hat.

Soziale Uebersicht.

Die Arbeiter der Filzschuhfabrik von **Gustav Remand**, Rheindorferstr. 24, haben wegen Lohnminderungen die Arbeit einmüthig niedergelegt, und ist daher Zugang nach dieser Fabrik hin streng fernzuhalten.

Achtung Bürstenmacher Berlins und Umgebung! Die in der Schleif- und Drahtbürstenbranche beschäftigten Bürstenmacher erhielten die Forderungen bei folgenden Fabrikanten bewilligt: **Stauder, Oranienstr. 184; Schinlaue, Stallgerstr. 27; Hofmann, Sorauerstr. 30; Frehn, Louise-Ufer 2; Hamann, Sebastianstr. 64.** Die folgenden zwei Fabrikanten haben bis jetzt noch nicht bewilligt: **Kuhn, Sebastianstr. 17; Konrad, Waldemarstraße 19.** Der erste Herr ist verreist und erklärte, daß er bewilligen wird, wenn er diese Woche zurückkommt. Kollegen, haltet den Zugang von diesen beiden Werkstätten fern, bis die Forderungen bewilligt sind, dieselben sind gerecht und hoffen wir, daß uns die Kollegen unterstützen, bis der Steg unser ist. Der Tarif wurde folgendermaßen aufgestellt: neunstündige Arbeitszeit, 1 1/2 stündige Mittagspause, 85 Pf. Minimallohn, bei Akkordarbeit 25 pCt. Erhöhung.

Die dem Reichstage von der Regierung vorgelegte Novelle zur Gewerbeordnung spricht bezeichnend das Verbot der Beschäftigung von Arbeiterinnen während der Nachtzeit aus. Ueber den Umfang der weiblichen Nachtarbeit sind in Preußen im Jahre 1884 Erhebungen angestellt worden. Danach ist der einzige Fabrikationszweig, in welchem eine regelmäßige Tag- und Nachtarbeit für Arbeiterinnen allgemein vorkommt, die Nabenzuckerfabrikation. In 236 Betrieben dieser Industrie waren 1884 in Preußen 6500 Arbeiterinnen beschäftigt. Außerdem kam die regelmäßige Nachtarbeit von Arbeiterinnen in Oubrien bei 15 Eisenhütten, 10 Zinkhütten und 4 Zementfabriken Obereschlesien mit insgesamt 671 Arbeiterinnen vor. Auf den Oberschlesischen Berg- und Hüttenwerken wurden im Jahre 1886 11 688 weibliche Arbeiter beschäftigt, davon 8558 bei den Steinkohlen- und 2620 bei den Erzbergwerken. Auf den letzteren haben die Arbeiterinnen regelmäßige Tag- und Nachtschichten, die von Woche zu Woche wechseln. Auf den Steinkohlenbergwerken findet keine regelmäßige Frauenarbeit statt, wohl aber zeitweise bei starker Förderung und an den zwei Jahrtagen des Monats. Nach den Erhebungen vom Jahre 1884 kam ferner regelmäßige Nachtbeschäftigung der Arbeiterinnen in Preußen vor: bei einzelnen Briquettesfabriken, bei Glashütten, bei Papierfabriken, bei Kunstwollfabriken, bei Zeitungsdruckereien, bei Wollwäschereien und Kammereien, Rammgarnspinnereien, Webereien, Netz- und Teppichfabriken, Zuckerraffinerien, Stärke-, Cichorien- und Krautfabriken, gemischten Fabriken, Holzschleifereien, Oelmühlen, Dampfziegeleien, Kleineisenfabriken und Spiegelmanufakturen. Einige Chokolade- und Zuckerwaarenfabriken, Schirm- und Teppichfabriken hatten in der Saison vollständige Tag- und Nachtarbeit. Auch in der Textilindustrie gab es viele Betriebe, welche in der Saison die Arbeiterinnen zur Nachtarbeit heranzogen.

Aus Sachsen, 7. Mai. Die Zahl der Fabrikarbeiter ist im Königreich Sachsen auch im vergangenen Jahre erheblich gestiegen, von 321 629 auf 340 498, also um 5 pCt. und das ist jedenfalls mehr als die Zunahme der Bevölkerung beträgt. Die Textilindustrie nimmt wiederum über ein Drittel (185 848) der gesammten sächsischen Fabrikarbeiter in Anspruch, dann folgt die Maschinenindustrie mit 41 804, die der Erden und Steine mit 34 034 Arbeitern und so weiter. Von sämmtlichen Fabrikarbeitern sind ziemlich genau ein Drittel 113 796 weibliche, wovon allein 72 285 in der Textilindustrie beschäftigt wurden. Die Zahl der jugendlichen und kindlichen Arbeiter stieg von 38 061 auf 38 512, die der letzteren allein von 11 009 auf 11 899. Die Textilindustrie beschäftigt mehr als die Hälfte der kindlichen Arbeiter.

Verfassungen.

Eine öffentliche Versammlung der Weber, Wirker und sonstigen Arbeiter der Textilindustrie fand am 8. d. M. im „Elysium“ statt, war aber leider nur von etwa 150 Personen besucht. Auf der Tagesordnung stand: Bericht über den Kongress in Apolda und Wahl einer Agitationskommission. Ueber die Verhandlungen des Kongresses referierte Herr Scholz. An sein Referat knüpfte sich eine Diskussion, hervorgerufen dadurch, daß der Referent vor Allem die kleinen Meister, den industriellen Kleinbetrieb erhalten und retten wollte. Herr Heindorf zeigte, wie durchaus unmöglich dies ist. Es sei allerdings falsch zu sagen, daß die Sozialdemokratie den Kleinbetrieb vernichten wolle, nein, diese Vernichtung sei die notwendige Folge der kapitalistischen Produktion und wir müssen uns auf den Boden der Thatfachen stellen. Diese Ausführungen fanden lebhaftest Zustimmung. Was den zweiten Punkt der Tagesordnung betrifft, so ist in Apolda beschlossen worden, daß sich Berlin ein Agitationskomitee wählen solle. Dasselbe soll in denjenigen Städten, in welchen eine Organisation noch nicht besteht, eine solche beschaffen oder wenigstens anregen. Infolge des schwachen Besuchs der Versammlung wurde dieser Gegenstand jedoch vertagt und es soll die neue Versammlung, in welcher das Agitationskomitee gewählt wird, noch in dieser Woche stattfinden. Es ist aber dringend notwendig, daß diese Versammlung stärker als die letzte besucht werde.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identisch zu werden.

Durch den in Nr. 108 des „Berliner Volksblatt“, den Streik der hiesigen Brauergesellen behandelnden Artikel, fühlten sich Unterzeichnete veranlaßt eine dem Inhalt des betreffenden Artikels entgegengesetzte Ansicht zum Ausdruck zu bringen.

Ueber die bis jetzt an die Öffentlichkeit gedungenen Berichte über die Ursachen, welche den Streik hervorgerufen, sowie über die eigentlichen, von den Brauergesellen aufgestellten Forderungen, herrscht wohl bei dem Groß der Berliner Arbeiterschaft, welches in dem angezogenen Artikel zur Parteinahme für die Brauergesellen

ausgefordert wird, völlige Unklarheit. Dieser Ungewißheit wird auch durch den Artikel in Nr. 108 nicht abgeholfen. Darüber, daß die Forderungen der Brauergesellen gerechtfertigt sind oder nicht, haben doch nicht nur die Unterzeichner des Aufrufs ein Urtheil zu fällen, sondern es wäre Pflicht der Lohnkommission der streikenden Brauer, den zur Parteinahme aufgeforderten Berliner Arbeitern einen genauen Bericht über den Verlauf und den jetzigen Stand der Bewegung zu geben.

Da, wie gerüchweise verlautet — und die von der Lohnkommission herausgegebenen Flugblätter besagen nicht das Gegenteil — nur 1/20 der gesamten Brauergesellen Berlins sich überhaupt am Streik betheiligen haben, sämtliche Brauereien sich in vollem Betrieb befinden sollen, alle, auch nachträglich gestellten Forderungen — außer der, daß die Unternehmer sich verpflichten sollten, offene Stellen nur durch die Vermittlung des Arbeitsnachweises der Gesellen zu besetzen — bewilligt sind — so war es von doppelter Nothwendigkeit für die Brauergesellen, ehe sie an die Arbeiterschaft Berlins appellirten, denselben über den Stand der Lohnbewegung reinen Wein einzuschenken. Daß der von den streikenden Brauern so betonte Vortheil, der durch das gezwungene in Arbeitsstellen von 80 Jahren alten Invaliden, eintreten würde, wohl sehr fragwürdig ist, da ein Unternehmer selbstverständlich einen ihm unbequemen Arbeiter bei passender oder unpassender Gelegenheit entläßt, dürfte wohl jedermann einleuchten. Solche Verhältnisse liegen eben in der modernen Produktionsweise. — Deshalb ist es von der größten Nothwendigkeit, daß die Brauer sich organisirten, einen Arbeitsnachweis gründeten, und dahin auflärend zu wirken trachteten, daß die Kollegen nur Arbeit durch ihren Arbeitsnachweis nehmen, dann würden die Unternehmer gezwungen, den Arbeitsnachweis der Gesellen zu benutzen, ohne daß sie sich schriftlich dazu verpflichteten. So machen es andere Gewerkschaften und das wäre auch für die Brauer wohl das richtige. So lange es eine Reservearmee von jungen und kräftigen Arbeitern geben wird, so lange bleibt es eben ein Ding der Unmöglichkeit ältere und unbrauchbare Gesellen mit Hilfe des Arbeitsnachweises allein in

Arbeit zu bringen. Mit der Aufstellung solcher Forderungen würden wohl fast sämtliche Gewerkschaften Fiasko machen. Wenn angenommen, sämtliche Forderungen der Brauergesellen würden von der gesamten Berliner Arbeiterschaft als die allgerichtigsten anerkannt, so wäre es doch immer fraglich, ob gerade diese Kampfweise die richtige ist. Falsch ist es auch so zu argumentieren, wie es in dem Artikel geschieht: „Siegen die Unternehmer, so sind den Berliner Arbeitern innerhalb einer Woche kein Saal mehr zu ihren Versammlungen zur Verfügung.“ Gerade wenn die Berliner Arbeiterschaft beschließt, kein Bier von den betreffenden Brauereien zu trinken, bis die letzteren im Kampfe gegen ihre Arbeiter die Waffen gestreckt, gerade dann werden auch die Brauereien ihre Säle entziehen; denn schämmeres kann ihnen ja gar nicht passieren, als daß ihr Bier nicht getrunken wird. Ist also diese Argumentation in dem Aufruf hinsichtlich, dann haben auch die Parteigenossen kein weitergehendes Interesse an dem Brauerstreik, als an jedem anderen Lohnkampf. „Die Arbeit — die Kapital.“ Ohne den Gegensatz zwischen beiden gäbe es überhaupt keinen Streik, und jeder Streik ist eine Nachfrage. Die Arbeit — die Kapital heißt es also nicht nur beim Brauerstreik, sondern bei jedem Streik.

Sollten natürlich die Versammlungsfälle trotzdem den Arbeitern entzogen werden, dann wird die Berliner Arbeiterschaft dafür eintreten, daß ihr nicht das Mittel gemacht wird, ihre Ideen in weitere Kreise zu tragen.

Falsch ist es auch, wenn der Aufruf unterzeichnet war von „Mitgliedern der Lokalkommission“. Entweder hat die Majorität der Mitglieder der Lokalkommission beschlossen, diesen Aufruf zu veröffentlichen, dann mußte die Lokalkommission auch unterzeichnet, oder aber der Aufruf dürfte nur unterzeichnet sein, ohne daß der Zusammenhang mit der Lokalkommission hervorgehoben wurde. — Der Boykott ist ein zweischneidiges Schwert, das ist schon oft gesagt, — falsch angewendet schlägt er leicht in das Gegenüber dessen um, was man zu erreichen strebt.

Bernhard Brunß, SO. Brangelstr. 61/62.
Emil Rig, SO. Wendenstr. 2.

Achtung Metallarbeiter!

Die am 7. Mai cr. in der öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung in der Brauerei Friedrichshain gewählte Kommission zur Entgegennahme von freiwilligen Beiträgen zur Beschickung des Allgemeinen Metallarbeiter-Kongresses zu Weimar macht hiermit bekannt, daß freiwillige Beiträge bei den unterzeichneten Kommissionsmitgliedern entgegen genommen werden, und daselbst auch Vons zu haben sind.

Paul Hetz, Köpenickerstraße 150—151, vorn IV.
Rich. Beyer, Grüner Weg 121, Hof IV.
Franz Hasselbach, Kottbusser Damm 36—37, v. IV.

Achtung! Metallarbeiter!

Wir ersuchen alle Kollegen, welche noch Sammellisten für die streikenden Zigarrenarbeiter, Bildhauer, Lodenwalder Gemahregelte und Siemens'sche Streikende in Händen haben, dieselben unverzüglich, ob leer oder gezeichnet, an Otto Klein, Ritterstraße 15, Zigarrengeschäft, oder an Kollegen Wolff, Reinickendorferstraße 14a, 1 Et., abzuliefern.

Der Streik bei der Firma Fr. Siemens & Co., Neuenburgerstr. 24, ist, da alle Streikenden bis auf einige untergebracht sind, aufgehoben, jedoch besteht die Sperre über diese Fabrik fort.

Die Unterstützungskommission.

Achtung! Metallarbeiter aller Branchen!

Gedenket der am 1. Mai gemafregelten Kollegen! Listen zu freiwilligen Beiträgen, sowie freiwillige Beiträge werden ausgegeben und entgegengenommen von Otto Klein, Ritterstraße 15, Zigarrengeschäft, und Kollegen Wolff, Reinickendorferstr. 14a, außerdem sind Listen bei den Vorstandsmitgliedern und in den Zahlstellen zu haben.

Achtung Kollegen!

Die Ludw. Löwe'schen Ausgesperrten vom 1. Mai werden aufgefordert, sich heute Vormittag von 8—12 Uhr bei Richter, Brandenburgstraße 74, part., mit Entlassungsschein und Mitgliedsbuch einzufinden behufs Unterstützung, ebenso auch sämtliche Schleifer von Löwe.

Berein d. Klempner Berlins u. Umg. Große Versammlung

am Mittwoch, den 14. Mai 1890, Abends 8 Uhr, in Josl's Salon, Andreasstraße 21.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Herrn W. Metzger, Hamburg. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt.

H. Guttmann, empfiehlt Vereinsstempel, Quittungstempel, Medaillonstempel mit Casselle, Rebel, Liebschnecht u. a. m. zu ermäßig. Preis. Monogramme, Schablonen, Thürschilder, Gravirung von Inschriften. Entwürfe gratis sofort.

Buch- und Modewaaren, Trauerhüte in großer Auswahl Marie Panknin, No. 91, Adalbertstraße No. 91, Ecke Oranienstraße.

Möbel auf Theilzahlung Lothringersstr. 75. Hugo Lewent.

Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich unter dem heutigen Tage ein Weiss- u. Bairisch-Bier-Lokal nebst Garten Naunyn-Strasse No. 86 eröffnet habe. Vereinszimmer für Vorstände und Klubs stehen zur Verfügung. Fr. Zubeil.

Bekanntmachung! Die Herren- und Knaben-Garderoben sowie das Stofflager aus der Louis Zadeck'schen Concursmasse soll täglich von 9—1 Uhr Vormittags, 3—7 Uhr Nachmittags im bisherigen Geschäftslokal 7. Spandauer Brücke 7 zu festen Taxpreisen ausverkauft werden. Der Verwalter. Vierdehnverbindung nach jeder Richtung.

15 Mark elegante Sommer-Paletots, 6 Mk. eleg. Stoffhosen, 20 Mk. eleg. Jaquetanzüge, 27 Mk. graue Kammg.-Anz., 30 Mk. dunkle do., 2 Mk. Knaben-Stoffhosen, 6 Mk. hoheleg. Knabenanz., 2 Mk. eleg. Hans-Zoppen, 3 Mk. „ Jagd-Zoppen, 10 Mk. Promenaden-Anz. Gebr. Neustadt, 41 Jerusalemstr. 41 (Ecke Krausenstraße) 2. Bsch. Charlottenb., Berlinerstr. 103.

Rohtabal A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 8, am hiesigen Plage bekanntlich Grösste Auswahl. Garantiert sicher brennende Cakale. Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindlichen Rohtabale sind am 1893 Lager. A. Goldschmidt, Spandauerbr. 8, am Gade'schen Markt.

E. Wohnung aus 1 Stube u. Küche Hof II, Dalldorferstr. 19, veränderungslos zu haben. Zu erst. im Lokale bei Franz Kleinert, Fenn- u. Müllerstraßen-Ecke.

Kleider-Stoffe, besonders elegante Neuheiten in den denkbar schönsten Mustern zu selten billigen Preisen bei Z. ALEXANDER, 102. Gr. Frankfurterstr. 102. (Ecke der Krautstraße.)

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren eigener Gr. Lager, bill. Preise. Fabrik. Emil Heyn, Brunnenstraße 29, Hof partiere. Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Cohn's Hosenfabrik Pallasadenstr. 7, verkauft Hosen von 1 Mk. an, Anzüge von 2,50 Mk. an, sowie Garderoben aller Art nach Maß. Werkstatt im Hause. Fäden und Nester aller Art spottbillig.

Steyppdecken-Fabrik Emil Lesèvre, Berlin, Oranienstr. 158. Grösste Auswahl! Woll-Atlas-Steyppdecken imit. Handarbeit! 2 Mtr. lang, blau, grün, bordeaux 7,50 Mark. Einzelne schadhafte Decken 3 und 4 Mtr. 15 Illustrirte Preisliste gr. u. fr.

Kinderwagen. Das gr. Lager Berlins Sanderwagen. Andreasstr. 23.

Bettfedern neue, gut gereinigte, von 60 Pf. an. Fertige Betten, bestehend aus: Deckbett, Unterbett, 2 Kopfkissen, neue gute Federfüllung von 12 Mk. an. Vollständiges reines Daunennest nur 27 Mk. Fertige Julett und Bezüge zu Fabrikpreisen.

Matraken Seegrassfüllung, nur 3,75, Indio-safer- und Koshhaarfüllung, spottbillig. Feldbetten 9 Mk. Große Auswahl von Bettstellen, Kinderbettstellen, Steppdecken von 2,75 an. Mein langjähriges Renommee bürgt für strengste Noellität. D. Feibel, Berlin, Chaussee-Strasse 111. Telephon-Amt IIIb. 948.

Schneider-Bedarfsartikel empfiehlt billigt (Wäsche gratis und franco) Wilhelmstrasse 10. Rud. Pieper, (a. d. Buttenstraße) Sonntags von 10 Uhr ab geschlossen.

Jede Uhr zu repariren und zu reinigen (außer Bruch) kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens 1,50 Mark. Lager aller Arten Uhren und Waaren zu den billigsten Preisen. Guß. Bleil, (a. d. Auguststr.)

R. Kohlhardt jetzt Mariannenstraße 34 empfiehlt seine Buchhandlung u. Buchbinderei.

Echten Nordhäuser Korn à Fl. excl. 75 Pf. Berl. Getreide-Kümmel 90 Pf. Ingberliqueur, beste Magenmedicin 90 Pf. Maitraut aus frisch. Kräutern u. erhl. 75 Pf. empfiehlt die Grob-Destillation von Lettau & Keil, an der Rosenthalerstraße. Geschäftsabschluss Abends 8 Uhr.

Bereinszimmer mit Piano zu haben. Ad. Flick, Boyenstr. 40.

Im Tuchgeschäft Prinzenstr. 53, gegenüber der Turnhalle: Herren- und Knaben-Anzüge, Paletots, sowie Damenkleider etc. Auf Wunsch auch gegen Theilzahlungen.